

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Illustrierten Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Kulturarbeit“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Annoncenzeile 80 Pfennig, Restzeile 6.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das selbstdruckte Wort 25 Pfennig (zwei bis fünf selbstdruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeigen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 3, montags bis 11 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 13. September 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsbüro: Berlin SW. 68 - Postfach: Post der Arbeiter, Angehörigen und Freunde, Wallstr. 65; Reichsdruckerei, Postfach 10000, Berlin SW. 68.

Gegen die Todesstrafe!

Kritik Radbruchs am Strafgesetzentwurf.

C. G. Karstube, 12. September. (Eigenbericht.)

Im Mittelpunkt der Nachmittagsitzung der K. V. stand die Diskussionsrede Professor Radbruchs. Mit großer Schärfe stellte er die K. V. vor die Vertrauensfrage. Sie sei einst Gefinnungsgemeinschaft gewesen, sie sei es nicht mehr. Deshalb habe es ihr an Entschlossenheit gefehlt. Anders hätten besser als sie verstanden, daß eine kriminalpolitische Gesellschaft dazu da sei, Politik zu treiben, d. h. zu handeln. Die Worte „Strafe“ und „Schuld“ seien Hindernisse des strafrechtlichen Fortschritts. Man müßte entscheiden: das unendliche Ziel des Strafrechts müsse sein seine eigene endliche Überwindung. In diesem Rohstabe gemessen, stelle

der Entwurf des Reichsrats einen bedauerlichen Rückschritt dar.

Radbruch trat darauf die Wünsche der Vereinigung sozialdemokratischer Juristen über die Herabsetzung des Mindestalters der Jugendlichen vor, die jedoch der neuen Gestaltung des Jugendgerichtsgesetzes vorbehalten sein sollte, und besprach dann das Problem der Todesstrafe. Er sei mit dem Gedanken umgegangen, die Versammlung angesichts der unmenschlichen Hinrichtung von Sacco und Vanzetti zu einem flammenden Protest gegen die Todesstrafe aufzuwachen. Angesichts des Temperaments der K. V. sei er jedoch davon abgekommen und wolle nicht die große Frage der Entscheidung einer zufälligen Majorität dieser Versammlung anheimgeben. Professor Radl habe ausgesprochen, daß die Todesstrafe eine hochpolitische Zweckmäßigkeitsfrage sei. „Ich bin menschlich außerstande, die Todesstrafe so anzusehen.“

Für mich ist die Todesstrafe eine Gewissensfrage.

Diese Gewissensfrage wird von großen Parteien so ernst genommen, daß an ihr das Geschick des neuen Strafgesetzbuches hängen wird. Radbruch begründete weiter eine Reihe von Anträgen, darunter Abschaffung der Zuchthausstrafe, Befristung der Sicherungsverwahrung auf gewerbsmäßige Verbrecher, Schutz der Arbeitskraft im Strafgesetzbuch, genauere Fassung des Sachverhaltsparagrafen. Der besondere Teil des Entwurfs könne nicht nach den alten Methoden der Ausschöpfung der Strafmaßlichkeiten bis zum letzten behandelt werden. Er habe nur den Wunsch, daß mit seinem Inkrafttreten sämtliche Exemplare der Strafgerichtsentscheidungen des Reichsgerichts auf den Scheitern hängen würden. Der Strafrichter der Zukunft müsse ein Sozialbeamter sein, innerhalb weit gezogenen Schranken des Rechts. Er müsse handeln nach dem Grundsatz:

„Ein schlechter Richter, der nur groß ist im Vernichten. Des achten Richters Amt ist Wiederaufstehen.“

Der Kongreß spendete Radbruch stürmischen, langanhaltenden Beifall, aber er lehnte alle Radbruchschen Anträge, bis auf den einen, Schutz der Arbeitskraft betreffend, ab. Der Reformwille der K. V. ist offensichtlich geworden.

Die weitere Debatte ging um die Todesstrafe, Professor Rieymann-Hamburg sprach sehr eindrucksvoll dagegen, ferner um die Aufgaben der K. V., ob kriminalpolitische Gesellschaft oder

Forschungsgesellschaft, schließlich um die Entscheidungsfrage, ob die Strafjustiz förmliche Werturteile abgeben solle oder nicht. Es wurde eine Resolution nach Tadeln des Referenten Kohrausch angenommen, die im wesentlichen herausarbeitet, daß die Strafe dem Schutz der Gesellschaft dienen solle, nicht der Abgabe sittlicher Werturteile und der Abfüllung des Vergeltungsbedürfnisses des einzelnen.

Die angenommenen Anträge haben folgenden Wortlaut:

Anträge Kohrausch:

1. Jede Strafbemessung hat in erster Linie von der Erwägung auszugehen, welche Mittel nötig sind, um den Täter wieder zu einem gesetzmäßigen ordentlichen Leben zu führen.
2. Die Versammlung stellt aus praktischen Erwägungen heraus ihre grundsätzliche Ueberzeugung zurück, daß gegen gemeingefährliche Gewohnheitsverbrecher das unbestimmte Strafmaß mit Stufenstrafvollzug eine geeignete Maßnahme darstellt.
3. Sicherungsverwahrung muß an die Stelle der Strafe treten können. Soll sie erst nach der Strafe vollzogen werden, muß die gesetzliche Möglichkeit geschaffen werden, sie bedingt zu erlassen, nötigenfalls unter Aufsicht einer Schutzanstalt.
4. Der bedingte Erlaß einer Freiheitsstrafe muß unabhängig von ihrer Höhe zulässig sein. Rücksicht auf das öffentliche Interesse und auf den Verletzten dürfen den bedingten Erlaß nicht hindern.
5. Die Unterbringung in einer Heil- und Besserungsanstalt, in einer Erziehungsanstalt und in einem Arbeitshaus muß der Strafrichter bindend anordnen können.

Anträge Radbruch-Rosenfeld:

1. Die Arbeitskraft muß im Strafgesetzbuch unter besondere Schutzbestimmungen gestellt werden. (Einstimmig angenommen.)
2. Das sogenannte gemeingefährliche Verhalten (Betteln, Landstreichen) hat aus der Zahl der strafbaren Handlungen auszuscheiden und darf nur zur Verwahrung führen.
3. Folgende Anträge Radbruch-Rosenfeld wurden abgelehnt:
 1. Die Zuchthausstrafe ist zu beseitigen und durch Gefängnisstrafe von gleicher Dauer zu ersetzen.
 2. Die Sicherungsverwahrung ist auf gewerbsmäßige Verbrecher zu beschränken.
 3. Die Strafverwahrung gegen die tatbeständig nicht genauere gefasste Vorbereitung zum Hochverrat ist zu streichen.

Kußerdem war folgender Antrag Radbruch-Rosenfeld gestellt: Vorbehaltlich weiterer Einschränkung der Tatbestände des Landesserrats muß Sorge getragen werden, daß wenigstens der, der geschwellige Zustand mitteilt, um ihrer Abstellung durch deutsche Behörden herbeizuführen, nicht wegen Landesserrats bestraft werden kann.

Der Antrag lehnte den Kongreß in sichtlich Verlegenheit. Der Vorsitzende Ebermeyer regte an, nicht über ihn abzustimmen, da er nicht diskutiert worden sei. Schließlich wurde der Antrag von den Antragstellern zurückgezogen.

Internationaler Kongreß 1928.

Tagesordnung festgesetzt — Matteotti-Gedenkfeier.

Brüssel, 12. September. (Eigenbericht.)

Die Exekutive der Arbeiterinternationale beschloß, auf dem Internationalen Kongreß im nächsten Jahre zuerst die Kolonialfrage, dann das Problem des Militarismus sowie der Abrüstung und schließlich die wirtschaftliche Lage während der Nachkriegszeit und die ökonomische Politik der Arbeiterklasse zu verhandeln.

Am Nachmittag erfolgte im Brüsseler Volkshaus in Anwesenheit zahlreicher namhafter Führer der sozialistischen Bewegung aller Länder durch Henderson-England die Enthüllung des Matteotti-Denkmals. Das Denkmal ist in der Wand des sogenannten „Weißen Saales“ des Volkshauses eingemauert. Die Reden von Henderson und die Erwiderung des Generalsekretärs der belgischen Arbeiterpartei wurden durch Vaulspreeker in dem Festsaal und auf dem großen Vorplatz verbreitet. Turati erklärte, der Faschismus habe das Verbrechen zur Staatsinstitution gemacht. Die Feier endete mit einer Paraphrase auf die Internationale, die von dem Dirigenten der Brüsseler königlichen Oper verfaßt ist und deren Vortrag von ihm geleitet wurde.

Die Exekutive der Arbeiter-Internationale setzte am Montag ihre Beratungen fort. Sie stimmte zunächst dem Antrag des Bureaus des Frauenkomitees zu, für Anfang Dezember eine Sitzung des Internationalen Frauenkomitees einzuberufen, die in Köln stattfinden soll. Crispin erstattete Bericht über die Luzerner Sportinternationale und die Vorarbeiten zur Gründung einer internationalen Vereinigung der Arbeiter-Radio-Vereine. Die anschließende Debatte endete mit der Annahme folgender Entschließung:

„Die Exekutive der sozialistischen Arbeiter-Internationale erachtet die angeschlossenen Parteien, in deren Ländern eine selbständige Arbeiter-Turn- und Sportbewegung besteht, diese Bewegung nach Möglichkeit zu unterstützen und besonders auch der Radiobewegung ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Das

Bureau wird beauftragt, die Frage der Ausgestaltung der Beziehungen zu der Luzerner Sportinternationale nochmals zu prüfen und in einer der nächsten Sitzungen der Exekutive darüber zu berichten.“

Im Sinne einer Anregung von Wibout-Holland wurde das Sekretariat beauftragt die Vorarbeiten für die Errichtung einer volkswirtschaftlichen Abteilung im internationalen Sekretariat zu treffen. Hilferding und Hilquist-Vereinigte Staaten wurden als Berichterstatter über die internationale Wirtschaftsprobleme für den nächsten Kongreß bestimmt.

In der Nachmittagsitzung berichtete der holländische Abgeordnete Albarde über die Arbeiten der von der Exekutive eingesetzten Abrüstungskommission. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die Exekutive der sozialistischen Arbeiter-Internationale erachtet die Abrüstungskommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Kenntnis und erwartet, daß die im Völkerbund tätigen Vertreter der ihr angeschlossenen Parteien sich von den im Bericht der Abrüstungskommission enthaltenen Grundfragen leiten lassen und die sozialistischen Arbeiterparteien diese Tätigkeit für die internationale Abrüstung tatkräftig unterstützen werden. Die Exekutive fordert die Abrüstungskommission der Sozialistischen Internationale auf, ihre Tätigkeit fortzusetzen, die in dem vorläufigen Bericht nicht erschöpfend behandelten grundsätzlichen Fragen, insbesondere auch die Frage der Heeresorganisation sowie die im Verlauf der Debatte der Exekutive gestellten Ergänzungsanträge zu prüfen und hierauf abermals Bericht zu erstatten. Die Exekutive nimmt Bezug auf die Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses von Marseille und fordert die Sektionen der Internationale auf, im Laufe der zweiten Hälfte des Oktober eine Propagandaaktion über das Abrüstungsproblem durchzuführen. Diese Aktion hat zum Ziele, die öffentliche Meinung dahin zu bringen, von den Regierungen so schnell wie möglich eine entscheidende Abrüstungsmäßnahme zu fordern und eine allgemeine und zwingende Aktion einzuleiten, um die Grundzüge des Protokolls wieder aufzunehmen, dessen Annahme vom Völkerbund verzögert wurde.“

(Siehe auch 3. Seite.)

Es ist Zeit!

Ein christlicher Wirtschaftspolitiker gegen den Bürgerblock

Im Septemberheft der „Deutschen Arbeit“, die sich im Untertitel „Monatsschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterchaft“ nennt, und im christlichen Gewerkschaftsverlag erscheint, befaßt sich Hermann Lufft mit der „Gefahr einer neuen Inflation“. Die Schriftleitung hat den Aufsatz mit einer Fußnote versehen, in der sie ausführt, daß die Gewerkschaften aller Richtungen sich mindestens ebenso kräftig für die Erhaltung und Senkung des Preisniveaus wie für Lohnhöhungen einsetzen sollten. Dieser Vorbehalt soll offenbar das Gewissen derjenigen Gewerkschaftsführer entlasten, die im Gefolge der bürgerlichen Parteien bisher mit dafür gefordert haben, daß durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik die Warenpreise fortgesetzt in die Höhe getrieben wurden, daß dadurch die Kosten für die Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung viel schneller stiegen als ihnen die Erhöhung der Löhne zu folgen vermochte und daß schließlich die Gefahr einer neuen Inflation droht. Ob die künftige Rationalökonomie den Schlussfolgerungen Hermann Luffts beizustimmen vermag, kann dahingestellt bleiben. Die Tatsachen aber, auf die er seine Beweisführung aufbaut, haben ihn so erschüttert, daß er in den Ruf ausbricht: „Es ist Zeit, daß die deutsche Arbeiterchaft endlich einmal die große Gefahr erkenne, von der sie wieder bedroht ist, und daß sie endlich einsehe, daß die Verhältnisse niemals besser werden, so lange sie die Rettung von Bevölkerungsschichten ermarket, welche ganz andere materielle Interessen haben als sie selbst.“ Ist das nicht ein Aufruf zum Klassenkampf, ist das nicht ein Bekenntnis zu der von der Sozialdemokratie vertretenen Auffassung, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann? Liegt darin aber nicht zugleich eine Beurteilung jener christlichen Gewerkschaftsführer, die die hinter ihnen stehenden Arbeiter und Angestellten von der selbständigen Vertretung ihrer eigenen Interessen abzuhalten suchen?

Sehen wir zu, auf welches Material der christliche Wirtschaftspolitiker seine Behauptung stützt, wonach wie uns eigentlich schon mitten in einer neuen Inflation befinden. Der Index der Kosten der Lebenshaltung in Deutschland ist seit Anfang 1925 von 135 (1913 = 100) auf 150 gestiegen. In Amerika dagegen ist die Kaufkraft des Dollars gegenüber den Gegenständen des täglichen Bedarfs in der gleichen Zeit beträchtlich in die Höhe gegangen. Anfang 1925 brauchte man 1,60 Dollar, um das zu kaufen, was man 1913 für einen Dollar gekauft hatte. Im April 1927 dagegen kaufte man mit 1,44 Dollar das gleiche, wie mit einem Dollar vor dem Kriege. In den Vereinigten Staaten ist also zu derselben Zeit, in der bei uns die Lebenshaltungskosten sich verteuerten, eine wesentliche Senkung dieser Kosten eingetreten. Lufft aber stellt eine weitere bedeutende Steigerung des Lebenshaltungsindezes in Aussicht. Sie würde eingeleitet durch die Erhöhung der Postgebühren, es folgt die Erhöhung der Beamtengehälter, die nach seiner Meinung eine zusätzliche jährliche Belastung um mehr als 1,3 Milliarden Mark erfordert, wobei auf die Erhöhung der Bezüge der Kriegrentner und der Pensionäre des alten Heeres noch keine Rücksicht genommen sei. Für die Aufbringung dieser Summe dürften keine anderen Wege vorhanden sein, als die Erhöhung der Steuern, der Gebühren, der Zölle. Kompetente Beurteiler, so sagt er weiter, rechnen im Laufe des Herbstes mit einer allgemeinen Steigerung der inländischen Lebenskosten um mindestens 10 Proz., die Löhne der Arbeiter müßten also erhöht werden, entsprechend der verminderten Kaufkraft des Geldes.

Der Verfasser des Aufsatzes weist dann darauf hin, daß kein Mensch auf der Welt die erhöhten Inlandspreise zahlen werde. Der Exporteur muß sie zu den herrschenden Weltmarktpreisen verkaufen, den Verlust wird er auf den Inlandspreis schlagen. Dadurch werden die Preise im Inland weiter verteuert. Und nun folgt eine vernichtende Kritik der deutschen Schutzpolitik, für die die Parteien des Bürgerblocks verantwortlich zeichnen:

„Unsere sogenannten Schutzzölle stellen heute größtenteils Inflationsschutzzölle dar. Sie sind nicht mehr Erziehungszölle, sie sind auch nicht mehr Erhaltungszölle einzelner, besonders wichtiger Industrien (Landwirtschaft) gegenüber einer wirklich überlegenen ausländischen Produktion, sondern sie dienen nur zum Ausgleich des ausländischen Preisniveaus überhaupt gegenüber dem übertriebenen inneren Preisniveau, das als Ganzes zusammenstürzen würde, sobald die Zollschranken fielen, und daß gegenüber dem Auslande zusammenstürzen wird, sobald die Pumpwirtschaft aufhört. Schutzzölle, auch Inflationsschutzzölle, werden immer das eine Produkt mehr begünstigen als das andere. Bei Inflationsschutzzöllen steigert sich diese Begünstigung zur kurzfristigen Ungerechtigkeit. Besonders kompliziert werden die Verhältnisse dann, wenn bereits Rohmaterialien und Zwischenprodukte, welche die Fertigungsmaterialien in großem Umfange benötigt, hohen Zöllen ge-

nischen. Aus dem Inflationsdruck wird leicht ein Minderwertigkeitsgefühl; durch den Preisrückgang im Inlande sowie durch den Unterpreis, ja Untergestaltungskostenverkauf der Ware im Auslande, wird die einheimische Ware verdrängt, sich mit der ausländischen unter gleichen Bedingungen im freien Kampfe zu messen.

Luft macht dann darauf aufmerksam, daß an sich zu einer Erhöhung der Preise von der Warenseite her keine Ursache vorliegt, wie das Beispiel unserer wichtigsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt, Amerika und England, zeigt. Die steigende Rationalisierung hätte vielmehr eine Senkung der Preise zur Folge haben müssen, die im Durchschnitt bei Industrieprodukten auf 20 bis 25 v. H. zu schätzen sein dürfte. Bei gesunder Wirtschaftsentwicklung hätten sich die Preisrückgänge niemals gegen die Rationalisierungsverbilligung durchsetzen können. Der Verfasser kommt nun zu dem Schluß, daß wir schon mitten in einer neuen Inflation stehen und er führt dazu folgendes aus:

„Diese neue Inflation droht aber für die Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft geradezu katastrophal zu werden. Der deutsche Arbeiter ist absolut schlechter bezahlt als der amerikanische, er ist relativ, d. h. bezogen auf die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft, kaum viel weniger schlecht bezahlt im Vergleich zum Amerikaner. Er ist absolut schlechter bezahlt als der Arbeiter vieler anderer europäischer Industriestaaten. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten in Göttingen drückt weiterhin den Reallohn des Arbeiters herab auch bei steigendem Nominallohn. Die Qualität der deutschen Arbeit leidet wesentlich unter der schlechten materiellen und sozialen Lage des deutschen Arbeiters.“

Noch heute ist es Zeit, so hören wir schließlich, die Inflation ohne allzu schwere Erschütterungen der Wirtschaft abzubauen und die deutsche Volkswirtschaft auf eine gesunde, lebensfähige Grundlage zu stellen, welche dann auch eine gesunde soziale und damit auch politische Entwicklung in Deutschland ermöglichen soll. „Dies setzt allerdings den Mut zur Wahrheit und den Mut zur Tat voraus.“ Der christliche Wirtschaftspolitiker hat vorläufig den Mut zur Wahrheit gefunden; werden die christlichen Arbeiterführer, für die Luft schreibt, auch den Mut zur Tat haben, mit der Sozialdemokratie zusammen einer Wirtschaftspolitik den Todesstoß zu verfehlen, die nur den materiellen Interessen einer kleinen Schicht bestehender Bevölkerungsklassen dient, die arbeitenden Klassen aber in immer neues Elend hineinführt?

Eine „völkische“ Regierungspartei.

Die Deutschnationalen bei Henning und Co.

Mit Recht von der weiteren Öffentlichkeit nur äußerst wenig beachtet, veranstaltet die Deutschnationale Freiheitspartei augenblicklich in Porta einen sogenannten Parteitag, wenn man den Mut hat, diesen Ausdruck für die Zusammenkünfte dieser zerstückelten Gruppchen der äußersten Rechten anzuerkennen. An sich ist die Angelegenheit sicherlich reichlich gleichgültig; sie gewinnt aber an Interesse dadurch, daß auch Mitglieder der Deutschnationalen Partei an der Tagung dieses extremistischen Klüngels Anteil nehmen, was die Demokratie in Grund und Boden verdammt und die Diktatur auf ihre Hakenkreuzfahne geschrieben hat. Da hat zum Beispiel der deutschnationale Reichstagsabgeordnete und seit langem in Hessen lächerlich berühmte Antilemmerich Professor Dr. Werner Bloß nach der „Kreuzzeitung“ einen Schreibbrief an die Tagung geschickt, in dem er seinen Freunden auf der äußersten Rechten einen guten Verlauf ihrer Beratungen wünscht. Dann meldet sich mit einem Klammern, von völkischen Redensarten überfließenden Aufruf der Vater des Lübecker Bürgerblocks, der sich bis zu Stresemanns Volkspartei erstreckte, General der Infanterie Wargen. Sollte die langsam vergrößernde Exzellenz vergehen haben, daß seine erste Gattin eine geborene Gutmann aus dem Sündenbabel Berlin ist, über deren nicht-„arische“ Abstammung keineswegs auch nur der geringste Zweifel besteht?

Internationaler Zoologenkongreß.

Von Dr. Alfred Reumann.

Budapest, 4. bis 9. September. Nach vierzehnjähriger Unterbrechung durch Krieg und Nachkriegszeit waren Zoologen aus allen Teilen der Erde der auf dem 9. Zoologenkongreß in Monaco ergangenen Einladung nach Budapest zum 10. Kongreß gefolgt. Der Kongreß stand wissenschaftlich auf hoher Stufe. Sowohl die Sektions- als die allgemeinen Sitzungen brachten interessante neue Ergebnisse der Wissenschaft. Das wichtigste war wohl der von Prof. Boronoff aus Paris gehaltene Vortrag, über den wir bereits berichteten.

Das Wesentliche bei den Ueberpflanzungen von Drüsen mit innerer Absonderung (nicht nur von Schweißdrüsen) besteht bei Prof. Boronoff darin, daß er durch sorgfältige Zerkleinerung der Drüsen und durch Erzeugung einer künstlichen (mechanischen) Entzündung an der Stelle, an welcher das neue Gewebe eingepflanzt wird, eine möglichst gute Durchblutung zu erreichen trachtet, wodurch dieses Gewebe, vorausgesetzt, daß der Spender in seinen Artzugehörigkeiten nicht zu weit vom Empfänger absteht, noch jahrelang in aktivem Zustand im Körper verbleibt. Beim Menschen ist selbstverständlich nur die Ueberpflanzung von Drüsen eines Tieres möglich, das dem Menschen nahe verwandt ist. Boronoff verwendet bekanntlich Schimpansen und behauptet, daß er so auch beim Menschen erfreuliche Erfolge erzielt habe. Doch steht hier der Forscher mit seiner Ansicht zu der großen Mehrzahl der Ärzte in scharfem Gegensatz. Es wird sich daher wohl empfehlen, zunächst noch abzuwarten, bevor man von einer wirklichen „Verjüngung“ beim Menschen nach dem System Boronoff sprechen darf.

Boronoff erklärt, daß das überpflanzte Gewebe noch nach Jahren in der neuen Umgebung lebend erhalten wird. Diese selbständige Lebensfähigkeit von Geweben außerhalb ihrer natürlichen Umgebung wird heute großzügig dazu ausgenutzt, um Gewebe verschiedener Art zu züchten, ähnlich wie dies bei Bakterien möglich ist. Nur ist die Methode bedeutend schwieriger. Besonders anspruchsvoll ist das Gewebe von Warmblütern in Bezug auf den ihm zur Verfügung gestellten Nährboden. Die Bedeutung, welche dieser Forschungsrichtung zukommt, zeigte sich deutlich in den Sitzungen der Sektion für experimentelle Zellforschung. Es ist heute nach den Ausführungen von Frau Prof. Rhoda Erdmann (Berlin) möglich, Krebsgewebe durch praktisch unbegrenzte Zeit am Leben zu erhalten und wieder auf andere Tiere zu übertragen. So kann man Studien über die Lebensbedingungen der Krebszelle machen, von welcher ein Redner meinte, daß sie heute wohl als bestbekannte und bestdurchstudierte aller Körperzellen anzusehen ist. Hoffen wir, daß diesem Studium auch eine ebenso genaue Kenntnis und Beherrschung der Behandlung des Krebses folgen wird. Es sind auch hier heute schon, vor allem durch den Ausbau der chirurgischen Methoden und durch die Einführung der Strahlenbehandlung in den letzten Jahrzehnten, wesentliche Fortschritte erzielt worden. Ausgeschlossen ist es nicht, daß die Gewebzüchtung neue Wege der Behandlung weilen könnte, vor allem deswegen, weil sie heute die einzige Methode darstellt, welche einiges Licht in die Entstehung des Krebses und in die Widerstandskraft

In Porta selbst sprach als Vertreter der Deutschnationalen Partei ein weißer Mann unbekannt gebliebenen Major Brauer. Diese sogenannte Partei ist noch heute ein Bestandteil der Deutschnationalen, und zu ihren Mitgliedern gehört neben anderen auch ein sicherer Graf Westarp, der, wie man sich erinnert, zu den Geburtshebern bei der Verlängerung des Reiches zum Schutze der Republik gehört. Der Herr Major aus Westarps Freundeskreis logte:

„Wenn auch die Anmarschströme der Völkischen und Konservativen getrennt seien, so erklärte er, so würde doch die Entscheidungsschlacht Schulter an Schulter gekämpft werden.“

Sagen wen geht die Entscheidungsschlacht? Gegen Stresemann und Marx? Gegen keine Koalitionsgenossen aus der Bürgerblockregierung, die auf Weimar und Republik, auf Verfassung und Schwarzrotgold gefühls- oder verstandesgemäß ehrlich eingeschworen sind?

Man kann sich schwerlich denken, daß der Reichszentralrat Marx von dem Verhalten seiner deutschnationalen Wähler gegenüber dem völkischen Vereinszusammenkommen in Porta besonders beglückt sein wird.

Agnes Fahrenwald 75 Jahre alt.

Eine Veteranin der proletarischen Frauenbewegung.

Agnes Fahrenwald, eine der wenigen Mitbegründerinnen der proletarischen Frauenbewegung, begeht heute in geistiger Frische und körperlicher Rüstigkeit ihren 75. Geburtstag. Heute, da wir Frauen als Gleichberechtigte im öffentlichen Leben stehen, mag es schwer sein, ganz zu verstehen, was es bedeutete, wenn eine Frau, eine Proletarierin, in den letzten 20 Jahren des vorigen Jahrhunderts als politische und als Klassenkämpferin auftrat. Als Frau hatte sie zu kämpfen gegen überkommenes Vorurteil einer ganzen Welt, als Politikerin gegen die herrschende Klasse, die wahrlich in der Unterdrückung der Sozialdemokratie vor keinem Mittel zurückblieb. Aber Agnes Fahrenwald trotzte beidem.

Seit den achtziger Jahren hatten die Versuche wachsender bürgerlicher Kreise, Vereine zu gründen, um die „Sittlichkeit“ der Arbeiterinnen zu heben, sie zu „bilden“, ihnen Arbeit zu vermitteln und andere philanthropische Aufgaben zu erfüllen, mit dem Eingehen dieser Vereine gendete. Erst als Arbeiterinnen mit Vereinsgründungen in die Öffentlichkeit traten, fand sich ein fester Stamm von Proletarierinnen zusammen, die ihr Vertrauen durch starken Zutritt zu diesen Vereinen bekundeten. Aber nun begann auch die königlich preussische Polizei, die Staatsanwälte und Gerichte diese junge Arbeiterinnenbewegung mit ihrem ganzen Hohn zu verfolgen. Agnes Fahrenwald gehörte zu den Gründerinnen der sog. Agitationsschule, jener Vereinigung von einigen wenigen sozialistischen Frauen, die versuchten, die politische Aufklärung unter den Frauen zu fördern, aber keinerlei Verein bildeten. Trotzdem ward sie bald von der Polizei ausgelöst. Und weil Agnes Fahrenwald in öffentlichen Versammlungen, die vorschrittsmäßig bei der Polizei angezeigt wurden, die Forderung des Frauenwahlrechts ausrief und „fogar mit einem Hohn auf die Frauenbewegung“ ihre Rede geschlossen hatte, gab es für sie wie ihre Mitangeklagten Geldstrafen in beträchtlicher Höhe. Aber weder diese noch Gefängnisstrafen konnten Genossin Fahrenwald von der öffentlichen Betätigung ihrer sozialistischen Ueberzeugung zurückhalten. Unermüdet zog sie hinaus bis in die entlegensten Dörfer und sprach zu ihren Klassenbrüdern aus ihrem eigenen proletarischen Leben und Erleben heraus. Und war noch außerdem eine aufopfernde Gattin und Mutter.

Auf ein an Sorgen, aber auch an Erfolgen reiches Leben kann unsere Substanz heute zurückblicken. Hat sie das Schicksal auch nicht mit Glücksgütern gesegnet, so gab es ihr doch den unendlichen Reichtum des einer großen Idee lebenden Menschen. Die Generation von heute und mit ihr die Gesamtpartei dankt dieser alten Kämpferin für alles, was sie geleistet, und hofft, sie noch lange frisch und rüstig in ihrer Mitte zu sehen.

Hilfe für Wettergeschädigte.

Nicht aber für den Landbund.

Um die Aktion des Reichslandbundes für neue Steuer- und Zinssubventionen der Landwirtschaft wegen der Wetterhäden zu fördern, hat die Deutschnationale Partei im Preussischen Landtag an die Regierung eine große Anfrage gerichtet. Sie fragt, was das preussische Staatsministerium zu tun gedenkt, um den in äußerster Bedrängnis befindlichen Landwirten zu helfen, und ob es im besonderen bereit ist, in allen Notstandsgebieten sofort Steuer- und Zinssubventionen einzutreten zu lassen bzw. zu erwirken, — vorbehaltlich weiterer späterer Maßnahmen.

Preußen hat in seiner letzten Ernteschätzung für August, wo die Regenperiode zu Ende ging, festgestellt, daß die Behauptungen von einer allgemeinen und sehr weitgehenden Erntegefährdung übertrieben sind. Wir hoffen, daß das preussische Staatsministerium und das Reich, auf das es letztlich auch ankommt, sorgfältig genug sein werden, die tatsächlichen Ernteschäden von der politischen Propaganda darüber zu unterscheiden. Wir hoffen ferner, daß sie nur denjenigen Landwirten ihre selbstverständliche Hilfe gewähren werden, die zur Zahlung der Zinsen und Steuern tatsächlich unfähig geworden sind, und zwar infolge der Wetterhäden.

Schwarzrotgold und Kommunalverwaltung.

Sozialdemokratischer Flaggenantrag in Essen.

Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenversammlung in Essen hat für die nächste Sitzung einen Flaggenantrag eingebracht, dem zufolge u. a. die Stadt ihre Säle usw. nur dann verpachten darf, wenn die Beflaggung auch die Reichsflagge ausreicht gezeigt werden. Oberbürgermeister und stellende Beamte dürfen in amtlicher Eigenschaft nur dann an Veranstaltungen teilnehmen, wenn im Falle der Beflaggung auch die Reichsflagge gezeigt werden; in Hotels, die an Festtagen der Republik nicht in den Reichsfarben fliegen, dürfen amtliche Veranstaltungen nicht abgehalten und andere Veranstaltungen von amtlichen Personen nicht besucht werden; auch dürfen amtliche Personen städtischerseits in solchen Hotels nicht untergebracht werden.

Ach diese Hohenzollern!

Motorradfahrer mit Jagtclub-Abzeichen.

In seinem Bericht über den Potsdamer Werwolfstag bringt der „Total-Anzeiger“ eine wirklich rührende Geschichte aus unserem geliebten Hohenzollernhaus. Wir lesen mit Bewunderung:

„Beim Anrollen der Uferungen des Werwoffs in Potsdam meldete sich Sonnabend früh beim stellvertretenden Aufmarschleiter ein Motorradfahrer in Zivil und bot ihm seine Dienste als Ordnungsmann an. Nach Namen und Wohnort befragt, verweigerte der junge Motorradfahrer jede Auskunft. Da er aber an der Mütze das Abzeichen des Kaiserlichen Jagt-Clubs trug, wurde er angenommen und führte seine Dienste zur größten Zufriedenheit aus. Gestern vormittag wurde die Ordnungsmannschaft auf dem Potsdamer Luftschiffhafen als Prinz Hubertus von Preußen, der dritte Sohn des Kronprinzenpaars, erkannt.“

Welch reiflose Aufopferung! Welch ohne Beispiel dastehende Befähigung! Der Werwolf aber, diese auf Kud und Jud militärisch durchgebildete Organisation, duldet einen vollkommen unbekannteren Motorradfahrer als Ordnungsmann. Höchst sonderbar, in der Tat!

Sollten königliche Hoheit nicht doch ganz leise ihren Namen genannt, sollten Höflichkeit nicht doch ganz heimlich ein Legitimationspapierchen gezeigt haben?

Prof. Graf Reventlow legt Gewicht auf die Feststellung, daß er keineswegs ein früherer Deutschnationaler ist. Er hat, wie er uns brüchigend mitteilt, niemals der Deutschnationalen Partei angehört.

Porträtkarikaturen sind nicht strafbar! Eine für die Freiheit der Karikatur bedeutsame Entscheidung wurde gestern vom Landgericht Dresden gefällt. Vor einiger Zeit war der verantwortliche Leiter der „Reihener Volkszeitung“, der Genosse Dominik, vom Reihener Amtsgericht zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er den Bürgermeister der Stadt Reichen durch eine Karikatur beleidigt haben sollte. Es hatte sich um eine reine Porträtkarikatur gehandelt, versehen mit einem harmlos-humorigen Text, der auch vom Reihener Amtsgericht nicht als beleidigend empfunden worden war. Bedinglich in der Tatsache einer Karikatur des Reihener Stadtoberhauptes war das strafbare Delikt erblickt worden. Gegen dieses Urteil, das, hätte es Schule gemacht, der Freiheit der Karikatur ohne weiteres ein Ende gesetzt hätte, hatte der Beurteilte Berufung eingelegt, die vor dem Landgericht Dresden verhandelt wurde. Das Landgericht vernahm, gegen den Widerspruch des Staatsanwalts, auf Antrag der Verteidigung als Sachverständige Räte Kollwitz und den Genossen Friedrich Wendel. Beide Sachverständige konnten im Tatbestand einer Porträtkarikatur keine Beleidigung erblicken. Sie wiesen darauf hin, daß die Karikatur längst zu einer stehenden Einrichtung vieler angesehenster deutscher Tageszeitungen geworden sei, und hoben insbesondere hervor, daß die reine Porträtkarikatur so populär geworden sei, daß man bereits von einer Art humoristischer Bildreportage sprechen könne, die noch von keinem deutschen Gericht als beleidigend empfunden worden sei. Das Landgericht Dresden verwarf sich diesen Gründen nicht, hob gegen den Antrag des Staatsanwalts, der sogar eine Verschärfung der Geldstrafe empfohlen hatte, das Urteil der ersten Instanz auf und sprach den Angeklagten frei.

Deutsche Sängerkörpers in Wien. Dreihundert Mitglieder des Berliner Volkstheaters und des Chors der Freien Volkstheaters Altona sind in Wien eingetroffen. Sie wurden im Rathaus vom Stadtrat Richter in Vertretung des Bürgermeisters empfangen. Nachdem die Sänger die republikanische Hymne zum Vortrag gebracht hatten, hielt Stadtrat Richter eine Ansprache, in der er ausführte, daß dieser Besuch der Sänger ein neuer Beweis für die Freundschaft zwischen Deutschland und Oesterreich sei. Im Namen der deutschen Sänger dankte das Vorstandsmittglied Dr. Gutmann für den herzlichen Empfang und betonte die innere Verbundenheit zur Kultur Wiens und das Gefühl der Zugehörigkeit zu dem deutschen Oesterreich. Werdens gaben die Sänger im Wiener Musikvereinsaal ein Konzert, in dem Werke von Beethoven, Brahms und Mendelssohn unter stürmischem Beifall der Zuhörer zur Ausführung gelangten.

Vorstandsmahl im Bund Deutscher Architekten. Auf der Hamburger Tagung des Bundes Deutscher Architekten stand die Bundeselection zur Wahl. In der Hauptversammlung wurde die alte Leitung, nämlich die Professoren Wilhelm Kreis, Dresden, Bonah, Strauß, Berlin, Lehmann, Berlin, wiedergewählt; als neues Mitglied wurde Prof. Gropius, Weimar, in den Vorstand gewählt. Damit sind in der Bundeselection (soweit die ältere historische Richtung wie die moderne Richtung vertreten).

Oper im Redoutensaal. Die Wiener Staatsoper wird ihren Verkehr zur besseren Ausübung ihrer Operntätigkeit im Redoutensaal der ehemaligen kaiserlichen Hofburg in Wien dauernd abgeben und dort von Mitte September ab ständige Opernaufführungen veranstalten.

Ausstellung des graphischen Wertes von Käthe Kollwitz. Im kaiserlichen Kupferstichkabinett wird am Mittwoch, dem 14. September, eine Ausstellung des graphischen Wertes von Käthe Kollwitz eröffnet.

Die Genfer Tagung.

Abchluss der Generaldebatte. — Beginn der Ausschussarbeit.

V. Sch. Genf, 12. September. (Eigenbericht.)

Die großen und kleinen Tendenz des Völkerbundes haben nunmehr alle gesprochen. Die Generaldebatte ist geschlossen und das Plenum wird erst am Donnerstag wieder zusammen treten, um die Ratswahlen vorzunehmen. Jetzt konzentriert sich die Arbeit zunächst vollständig auf die Ausschüsse, und andererseits haben die internationalen Presseempfangs der Delegationen bereits eingeleitet.

Schon am Nachmittag fanden nacheinander zwei solcher Empfänge statt, während zur selben Zeit im Völkerbundsgebäude eine wichtige Sitzung der Abrüstungskommission im Gange war.

Die zwei Presseempfänge waren so verschieden voneinander, wie das nur denkbar ist. Zunächst versammelten sich die Pressevertreter bei dem Vertreter eines kleinen Staates, dem lettischen sozialistischen Außenminister Zeelens, der sich schon in seiner Rede im Plenum als der Vertreter der radikalsten Tonart im Völkerbund erwiesen hatte. Zwei Stunden später war Presseempfang bei Chamberlain, dem konservativen Außenminister des britischen Reiches, dessen Rede am Sonnabend deutlich gezeigt hat, wo das stärkste Hindernis für eine Weiterentwicklung des Völkerbundes zu suchen ist.

Genosse Zeelens

gab über die lettische Außenpolitik eine Erklärung ab, die durch die fast brutale Deutlichkeit ihrer Ausdrucksweise geradezu verblüffte, zumal man in der Genfer diplomatischen Atmosphäre an solche Offenheiten nicht gerade gewöhnt ist. Lettland, so führte er aus, wolle möglichst neutral bleiben, sich nicht in die Konflikte zwischen den Großmächten verwickeln lassen und es werde jeder Einmischung irgendeiner fremden Macht Widerstand leisten. Eine wesentliche Aufgabe Lettlands sei die Regelung seiner politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland. Daher seien zwischen Moskau und Riga die Grundlagen eines gegenseitigen Nichtangriffspaktes vereinbart worden. Das Abkommen sei noch nicht in allen Punkten fertig. Sedenfalls werde Lettland keinerlei Verpflichtungen eingehen, die im Widerspruch zu den Grundsätzen des Völkerbundes stehen. Lettland gleiche auf den Abschluss eines

„baltischen Locarno“

hin. Lettland stehe in engen Beziehungen zu Estland. (Zeelens gebrauchte bei der Bezeichnung dieser Beziehungen zweimal den Ausdruck „verbündete Länder“.) Lettland sei bereit, eine derartige Politik auf Litauen auszudehnen, falls Litauen sich in diese Bahn begeben wolle. Dagegen sei einseitig eine ähnliche enge Zusammenarbeit mit Finnland nicht vorgesehen, da dieses Land sich in einer anderen Lage befinde. Doch werde Lettland die Kandidatur Finnlands für den Rat unterstützen, weil es im Interesse der baltischen Staaten liege, daß eines von ihnen im Völkerbundsrat vertreten sei. Mit Polen stehe Lettland in freundschaftlichen politischen und fortschreitenden wirtschaftlichen Beziehungen. Polens Bestrebungen im Sinne der Sicherung des Friedens, insbesondere die Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt zwischen Warschau und Moskau wären für ganz Osteuropa von Vorteil. Auf die Frage, ob das in Aussicht genommene Versöhnungsverfahren zwischen Lettland und Sowjetrußland sich von einem Schiedsgerichtsverfahren unterscheidet, bestätigte Zeelens, daß Sowjetrußland es grundsätzlich ablehne, Schiedsgerichtsverträge abzuschließen, aber, so fügte er ironisch hinzu, es gäbe auch andere Großmächte (Anspielung auf England), die die Schiedsgerichtsbarkeit nicht besonders förderten. Uebrigens werde Lettland demnächst u. a. einen Schiedsgerichtsvertrag mit Deutschland abschließen. Was den

lettisch-russischen Handelsvertrag

betreffe, so werde Lettland die Extraterritorialität keineswegs auf die unzähligen Angehörigen der russischen Handelsdelegationen und auf ihre verschiedenen Gebäude und Nebengebäude ausdehnen, sondern es werde in dem Handelsvertrag genau die Zahl der Personen festgestellt werden, sowie die Art der Gebäude, die diese diplomatische Immunität genießen.

Chamberlain verteidigt sich.

Zwei Stunden später waren die Säle des Hotels Beau Rivage überfüllt, da Chamberlain einen Empfang der Weltpresse angekündigt hatte. Offenbar hatte der englische Außenminister, angesichts der sehr kühlen Aufnahme seiner langen negativen Rede in den meisten Blättern Europas, das Bedürfnis empfunden, den schlechten Eindruck wieder zu verwischen. Um sich die Journalisten gleich freundlich zu stimmen, denen die englische Sprache im allgemeinen weniger geläufig ist als die französische, erklärte er sich spontan bereit, in „Londoner Französisch“ zu sprechen. Was er sagte, war zunächst nur eine Wiederholung seiner vorgestrigen Verteidigungsrede. Eigentliche gemeinsame Beratungen der Locarnomächte, wie sie im vorigen Jahre dreimal in Genf stattgefunden hatten, hätte man bisher nicht abgehalten, aber sie würden vielleicht noch erfolgen. Er könne durchaus das unterschreiben, was Stresemann in seiner ersten Rede auf dem Pressebankett gesagt hätte: Früher habe man darüber geklagt, daß die Minister der ehemals feindlichen Länder sich nicht ausprechen, jetzt, wo sie es täten, wolle man es ihnen verbieten, oder wundere man sich darüber, daß sie sich einigten. Solche Betrachtungen bedeuten eine Herabsetzung des Völkerbundes. Ein Krieg sei zwar nicht unmöglich geworden, aber es würde mit jedem neuen Jahr immer

schwieriger, einen Krieg zu führen:

„Wir sind auf einem Punkte angelangt, wo derjenige, der einen Krieg machen würde, ohne in der Lage zu sein, sich die Unterstützung des Völkerbundes zu sichern, sich auf eine sehr gefährliche Bahn begeben würde und daß das ihm sehr teuer zu stehen kommen könnte.“

Kammerwahlen in Südslowenien.

Keine wesentlichen Verschiebungen — Regierungskoalition behauptet sich.

Belgrad, 12. September.

Die Regierung der radikal-demokratischen Koalition hat bei den gestrigen Kammerwahlen einen bedeutenden Sieg errungen. Nach den im Laufe der vergangenen Nacht hier eingegangenen Ergebnissen erhielten die Radikalen 112, die Demokraten 67, die jugoslawischen Mohammedaner in Bosnien 22 Sitze, die zum Kommando der Regierungskoalition angehören.

Auf die Opposition entfielen: Radikal-Partei 53, Unabhängige Demokraten 30, Slowenische Volkspartei 19, Sanbländler 6 und Deutsche 4 Sitze.

Ob die Sozialisten Mandate erhalten werden, steht noch nicht fest.

Jugendgericht und Jugendhilfe.

Der 7. Jugendgerichtstag.

L. R. Stuttgart, 10. September.

Der Eindruck des ersten Tages wurde durch den Verlauf des zweiten Sitzungstages nur bestätigt: die Deffinitivität, insbesondere die proletarische, schenkt den Jugendgerichtstagen viel zu wenig Beachtung. Wenn irgendwo in der Strafrechtspflege und im Strafvollzuge Pionierarbeit geleistet wird, so hier. Das Bewußtsein, allein im Dienste des Erziehungsgedankens zu stehen, hat beim Jugendrichter und Jugendstaatsanwalt bereits festen Fuß gefaßt; die Erwachsenen-Richter und Staatsanwälte sprechen aber immer noch von Sühne und Vergeltung. Jugendrichter wissen nur allzu gut, daß sie in ihrer Tätigkeit ohne Jugendgerichtshilfe hilflos wären.

Dieser Gedanke fand sowohl im Referat des Stadtrats Dr. Friedländer-Berlin über „Der Leiter der Jugendgerichtshilfe“ als auch im Vortrage des Fräulein Elisabeth Zillken-Dortmund über den „Jugendgerichtshilfe“ seinen prägnanten Ausdruck. Stadtrat Friedländer betonte, es sei für den Leiter der Jugendgerichtshilfe mit das Wichtigste, die soziale Fremdbildung zwischen sich und dem Jugendlichen zu überwinden; dies dürfte aber dem Jugendrichter und Jugendstaatsanwalt wegen des ungeheuren Klaffen im sozialen Leben in der Regel nicht gelingen. Fräulein Zillken, die der durchgehenden Fürsorge das Wort redete, d. h. einer Fürsorge, die von Anfang bis zu Ende von ein und derselben Person am Jugendlichen ausgeübt wird, verlangte ihrerseits die religiöse und weltanschauliche Uebereinstimmung beim Fürsorger und seinem Schützling. Sie fordert, daß man Männer und Frauen aus dem Volke in die Arbeit des Jugendgerichtshilfes hineinsehen lasse, um sie auf diese Weise zu begeisterten Mitarbeiterinnen auf dem Gebiete der Jugendgerichtshilfe werden zu lassen.

Stadtrat Friedländer äußerte sich u. a. dahin, daß der Leiter der Jugendgerichtshilfe nicht unbedingt eine juristische oder sonstige akademische Vorbildung zu besitzen brauche; er müsse in erster Linie ein sozial fürsorgerischer Mensch sein, eine pädagogische und psychologische Schätzung besitzen, organisatorisch begabt und in

Verwaltungs- und jugendrechtlichen Fragen bewandert sein. Seine Aufgabe sollte es sein, die mannigfaltigen Schwierigkeiten, die der Jugendgerichtshilfe noch jetzt von außen her in den Weg gelegt werden, zu überwinden, seinen Helfern ein wirklicher Leiter zu sein und für deren Schulung zu sorgen.

In der Diskussion über diese beiden Referate wurde u. a. die Bedeutung hervorgehoben, die die Jugendbewegung für die Arbeit der Jugendgerichtshilfe haben könnte, wenn sie in geügendem Maße zugezogen würde. Sowohl der Jugendstaatsdirektor Dr. Herz-Hamburg, Vorsitzender des Jugendgerichtstages, als auch Magistratsrat Dr. Knauth-Berlin und Dr. Fischer-Rürnberg forderten eine Erweiterung der Anteilnahme junger Menschen an der Jugendbewegung an der Tätigkeit der Jugendgerichtshilfe; sie hätten bereits am richtigen Platze gute Erfolge erzielt.

Die beiden letzten Vorträge hielten Professor Aichaffenburg über den „Jugendgerichtsarzt“ und Ministerialrat Starke-Dresden über den „Strafvollzugsbeamten“. Sie zeigten wieder einmal, in welch hohem Maße für Jugendstrafrechtspflege und Erwachsenenstrafrechtspflege die gleichen Forderungen bestehen.

Der Jugendgerichtstag nahm zum Schluß zwei Resolutionen an. In der ersten empfahl er dem Reichstag einen von zuständigen Stellen ausgearbeiteten Entwurf, der für das kommende Strafgesetzbuch verstärkten Jugendschutz vorsieht. In der zweiten Resolution verlangt er für die zukünftigen Jugendrichter, Jugendstaatsanwälte und Leiter des Jugendstrafvollzugs spezielle Vorbildung in der Psychologie und Pädagogik, Verständnis für anormale Geisteszustände und Kenntnis des Wohlfahrtswesens und der sozialen Volkspflege; außerdem praktische Erfahrung durch Arbeit an der offenen und anstaltsmäßigen Jugendfürsorge, im Gefängniswesen, in der Jugendpflege und Jugendführung. Für die bereits amtierenden Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte eine entsprechende zusätzliche Ausbildung.

Gedenkfeier für Matteotti.

Hermann Müller über die Frankfurterfrage.

Brüssel, 12. September. (Eigenbericht.)

Am Sonntagabend fand im großen Festsaal des Volkshauses, der mehrere Tausend Personen faßt, eine öffentliche Gedenkfeier für Matteotti statt, bei der Hermann Müller, Rodigliani und Leon Blum sprachen. Die Rede Hermann Müllers wurde vielfach durch Beifall unterbrochen. Mussolini konnte wohl, so erklärte Hermann Müller, Matteotti töten lassen, aber er kann die Demokratie nicht töten. Müller kam dann u. a. auch noch auf die Untersuchung der Frankfurterfrage zu sprechen und erklärte: So mutig die Initiative Vanderveldes gewesen sei, so müsse er nach den Diskussionen, die sich haben und drüber an diese Frage getnüpft haben, doch sagen, daß die belgische Regierung recht gehabt hat, gegenwärtig auf die Untersuchung zu verzichten. Noch bestehe haben und drüber die Möglichkeit, die nationalistischen Leidenschaften aufzuwecken und da hätte die Untersuchung eher zur Folge, der chauvinistischen Hege neue Nahrung zuzuführen.

Mussolini gegen Vandervelde.

Paris, 12. September. (Eigenbericht.)

Den Pariser Abendblättern zufolge beabsichtigt Mussolini aus Erbitterung darüber, daß am Sonntag in Brüssel eine Matteotti-Statue eingeweiht worden ist, den gegenwärtig freien italienischen Botschafterposten in Brüssel vorläufig überhaupt nicht mehr zu besetzen.

Irreführung.

Kein österreichisches „Reichsbanner“.

Die Bundespressestelle des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ teilt mit:

„Von rechtsradikaler Seite wird zu durchsichtigen Zwecken die Mitteilung verbreitet, daß Dr. Wirth beabsichtige, in Oesterreich neben dem Republikanischen Schutzbunde mit Unterstützung des linken Flügels der christlich-sozialen Partei eine neue Organisation zu schaffen. Weder dem Bundesvorsitzenden des Reichsbanners, Herrsing, noch Dr. Wirth ist von dieser Absicht das geringste bekannt. Eine Verbreiterung der Basis des Republikanischen Schutzbundes Deutsch-Oesterreich ist bei den augenblicklichen Verhältnissen nicht beabsichtigt. Die Initiative dazu könnte auch nur vom Republikanischen Schutzbund und nicht vom Reichsbanner ausgehen.“

Der Schrecken von Döberitz.

Gefängnis für die Mißhandlung des Feldwebels Wilmö.

Im Prozeß gegen die drei Mitglieder der Schwarzen Reichswehr, die seinerzeit den Feldwebel Wilmö im Döberitzer Lager mißhandelten, wurden Stein und Rotenbusch zu je 1 Monat Ketten zu 3 Wochen Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Rotenbusch und Reiten erhielten eine Bewährungsfrist von 2 Jahren. In der Begründung wurde betont, daß die Frage, ob ein Befehl für diese Mißhandlung erteilt worden sei, hier überhaupt keine Rolle spiele.

Palastrevolution bei der KPD.

Auch in Thüringen.

Es wird uns geschrieben: Im Unterbezirk Suhl der Thüringer KPD, ringt die offizielle kommunistische Politik mit einer von dem kommunistischen preußischen Landtagsabgeordneten Heym geführten Opposition. Bei einem Versuch die beiden unter einen Hut zu bringen, haben die Anhänger der Opposition, Arbeiter aus den Betrieben, nach dem Bericht der KPD-Presse (!), immer wieder betont, daß sie, die sie die Minorität leisten müssen, sie, die die Mitglieder für die Partei und Leser für unsere Presse gewinnen müssen, sich nicht nur von dem oberen Parteiparagrafen bedrängen lassen, sondern mitberaten wollen bei allen wichtigen Parteifragen. Der Eisener Parteitag habe ein dementsprechendes demokratisches Bild nicht widergespiegelt und unter Anwendung der bisherigen Methoden der Zentrale wird auch der diesmalige Parteitag kein anderes Bild zeigen.“

In einer Entschließung, die mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen wurde, heißt es: „Die Aussprache in der erweiterten Unter-

bezirksitzung hat ergeben, daß die Bezirksleitung Großthüringens in ihrem an alle Ortsgruppen versandten Rundschreiben bewußt Unwahrheiten gesagt und sogar grobe Fälschungen gebracht hat. Erwähnt sei nur die Unterschlebung, daß die Unterbezirksleitung seit Monaten bewußte Sabotage getrieben hat, ferner daß der Subler „Volkswille“ der Opposition in die Hände gespielt werden sollte. In letzterem Falle ist anlässlich einer Aussprache, die der Genosse Tittel in Suhl hatte, gerade das Gegenteil erwiesen worden. Das Rundschreiben der 22 Großthüringern stellt ein Dokument geminderter Demagogie gegenüber immerparteilichen Fragen Andersdenkender dar. Die Ausführungen der anwesenden offiziellen Parteivertreter konnten keinen schlüssigen Beweis für ihre Verdächtigungen bringen. Die erweiterte Unterbezirksleitung verurteilt das hinterhältige unkommunistische Vorgehen der Bezirksleitung ganz entschieden und verlangt, daß alle in ihrem Rundschreiben gebrachten Verdächtigungen und Verleumdungen schnellstens reiflos zurückgenommen werden. Solange dies nicht geschieht ist, lehnen wir die derzeitige Bezirksleitung als Beauftragte einer Partei ab, die wir auch heute noch als einzige Vertreterschaft des Proletariats halten, falls sie sich wieder auf den von Lenin vorgezeichneten Weg zurückgeben hat.“

Die weit müssen die Gegensätze in Suhl geblieben sein, wenn die oppositionelle Richtung schon alle die „herzlichen“ Krawallausdrücke gebraucht, die bisher nur die SPD. von den Kommunisten zu hören bekam!

Faschistenmord in Paris.

Attentat auf den italienischen Vizekonsul.

Paris, 12. September. (Eigenbericht.)

Der italienische Vizekonsul in Paris, Graf Carlo Rardini, ist im Konsulat von einem unbekanntem Italiener durch mehrere Revolvergeschüsse getötet worden. Allem Anschein nach handelt es sich um ein politisches Attentat. Der Mörder erlitt sofort nach seiner Einklinkerung in das Gefängnis eine Nervenerkrankung und mußte ins Spital übergeführt werden. Seine Identität ist bis jetzt noch nicht festgestellt, da er sämtliche Ausweispapiere vor der Tat zerrissen hatte.

Luftbrief-Weltporto festgesetzt.

Keine Einigung im Flugpaketporto.

Haag, 12. September.

Die hier seit dem 1. September tagende Weltpostkonferenz für den Luftverkehr wurde Sonnabendabend geschlossen. Ueber die Ergebnisse der Konferenz kann mitgeteilt werden, daß für die Briefpostförderung eine allgemeine Regelung erzielt wurde. Die Gebührenfrage ist in der Weise geregelt worden, daß für Luftpostbriefe eine Sondergebühr erhoben werden soll, die höchstens 25 Centimes bei einem Gesamtgewicht von 20 Gramm und einer Strecke von 1000 Kilometer betragen darf. Für die gegenseitige Verrechnung der einzelnen Postverwaltungen konnte gleichfalls ein einheitliches Verfahren festgelegt werden.

Betreffs der Beförderung der Paketpost konnte jedoch zwischen den Vertretern der Postverwaltungen und der Luftfahrtgesellschaften keine Einigung erzielt werden, da nach Ansicht der ersteren die von den Luftfahrtgesellschaften hierfür gestellten Bedingungen sich als zu schwierig erwiesen. Eine Uebereinstimmung wurde jedoch noch in verschiedenen Punkten interner Natur erreicht.

Die erzielten Ergebnisse sind in einem Abkommen niedergelegt worden, das von den Vertretern der 32 an der Tagung teilnehmenden Staaten unterzeichnet wurde.

Internationaler Telegraphen- und Telephonkongress.

Como, 12. September.

In Anwesenheit von Vertretern der Regierung und der Behörden sowie Delegierten aus den wichtigsten wissenschaftlichen und technischen Zentren Europas und Americas wurde hier der internationale Kongress für technische, wissenschaftliche Telegraphie und Telephonie eröffnet.

Autobuskatastrophe bei Brünn.

Prag, 12. September.

Heute fuhr ein Autobus in der Nähe von Brünn infolge Verlogens der Bremse bei einer scharfen und steilen Straßenbiegung in einen Graben und überdrehte sich, wobei er vollkommen zertrümmert wurde. Eine Person wurde getötet, sechs wurden schwer und 14 leicht verletzt.

Die Forderungen der Metallarbeiter.

Der Lohnstarif dem BVMZ. überreicht.

In der Generaterversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die gestern in den Sophienböden stattfand, gab Genosse Ulrich die Forderungen bekannt, die das Metallkartell dem BVMZ überreicht hat. Nachdem die Funktionärversammlung der Funktionäre der Betriebe des Verbandes Berliner Metallindustrieller am 29. August den Beschluß gefaßt hat, den DMB. zu beauftragen, mit dem BVMZ. sich ins Benehmen zu setzen mit dem Versuch, ein Lohnabkommen für die Arbeiter der früheren Lohnklassen I-III in der Berliner Metallindustrie abzuschließen, hat sich das Metallkartell damit befaßt und dem BVMZ. folgende Forderungen unterbreitet:

Die Löhne sollen betragen für männliche Arbeiter: Einstellungslohn und Affordbasis Klasse I 1,20 M. pro Stunde, Klasse II 1,15 M., Klasse III 1,05 M., Klasse IV 0,95 M. Der Einstellungslohn gilt auch als Einstellungslohn für die Arbeiter, die nur als Lohnarbeiter beschäftigt werden, jedoch mit der Einschränkung, daß die Klasse IV während der Laufzeit des Vertrages für die Hilfsarbeiterinnen und Arbeiter in Fortfall kommt.

Die Löhne der weiblichen Arbeiter betragen:

1. Gelehrte und angelehrte Arbeiterinnen erhalten, soweit gleiche Leistungen wie die männlichen Arbeiter vorliegen, die für die männlichen Arbeiter derselben Kategorie jeweils tariflich festgesetzten Löhne. Liegen gleiche Leistungen nicht vor, so erhalten diese Arbeiterinnen 85 Proz. der für die männlichen Arbeiter der gleichen Kategorie jeweils tariflich festgesetzten Löhne.

2. Für Maschinen- und Handarbeiterinnen, deren Leistungen mit den Leistungen männlicher Arbeiter nicht verglichen werden können, ist der Einstellungslohn und die Affordbasis tariflich festgesetzt. Derselbe beträgt 75 Proz. des für die männlichen Arbeiter jeweilig tariflich festgesetzten Lohnes. Affordbasis und Einstellungslohn der III. Klasse betragen 0,75 M. pro Stunde, der IV. Klasse 0,70 M. pro Stunde.

Für jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter soll der Lohn für beide Kategorien im Alter von 14-15 Jahren 30 Proz., 15-16 Jahren 32 Proz., 16-17 Jahren 43 Proz., 17-18 Jahren 52 Proz. vom Einstellungslohn der Klasse I betragen.

An der Arbeiterschaft in den Betrieben wird es liegen, die vom Metallkartell eingereichte Forderung zu unterstützen.

Die beste Unterstützung liegt darin, wenn in allen Betrieben zu diesen aufgestellten Forderungen Stellung genommen wird und alle diejenigen, die heute der Organisation fernstehen, sofort der Organisation zugeführt werden. Nur eine starke Organisation gibt die Gewähr, daß diese Forderungen restlos durchgesetzt werden können.

Mit der Ueberreichung dieser Forderungen durch das Metallkartell ist die

allgemeine Lohnoffensive der Metallarbeiter

Berlins eingeleitet. Die Forderungen sind an sich bescheiden. 1,20 M. Einstellungslohn und Affordbasis für hochqualifizierte Facharbeiter ist gewiß keine Forderung, die selbst die Unternehmer als übertrieben bezeichnen könnten. Die Löhne der übrigen Gruppen, Schlosser, Dreher und Maschinenarbeiter folgen diesem Lohnsatz in gemessenem Abstand. Für die Hilfsarbeiter besteht bekanntlich ein günstiger Lohnstarif. In diesen Forderungen wird auch der Grundlag aufgestellt, daß die

Arbeiterinnen bei gleichen Leistungen den gleichen Lohn

der Arbeiter erhalten sollen. Die Forderungen sind so übersichtlich und klar, daß sie eines Kommentars nicht weiter bedürfen. Wenn Genosse Ulrich der Besonnigkeitsgabe dieser Forderungen die Bemerkung angeknüpft hat, daß es jetzt gilt, in allen Betrieben Stellung zu nehmen und die Arbeiter und Arbeiterinnen heranzuholen, die bisher der Organisation noch nicht beigetreten sind, so können wir diese Bemerkung voll unterstreichen. Hier ist der Hebel, wo angegriffen werden muß.

So bescheiden diese Forderungen auch sein mögen, sie werden nur dann durchgesetzt werden, wenn die Herrn im BVMZ. wissen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie geschlossen hinter diesen Forderungen stehen.

Können die Unternehmer aber damit rechnen, daß ein wesentlicher Teil der Arbeiterschaft gleichgültig beiseite steht, dann werden sie es darauf ankommen lassen und die Forderungen ablehnen. Denn bei dem gegenwärtigen System führen die Unternehmer wesentlich besser. Sowie die Konjunktur nachläßt, können sie wieder rücksichtslos die Affordpreise abbauen und die Arbeiterschaft um Jahre zurückwerfen. Darum heißt es heute für alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie: Aufgepaßt! Hin-ein in die Gewerkschaft!

geschlossen hinter diesen Forderungen stehen.

Können die Unternehmer aber damit rechnen, daß ein wesentlicher Teil der Arbeiterschaft gleichgültig beiseite steht, dann werden sie es darauf ankommen lassen und die Forderungen ablehnen.

Denn bei dem gegenwärtigen System führen die Unternehmer wesentlich besser. Sowie die Konjunktur nachläßt, können sie wieder rücksichtslos die Affordpreise abbauen und die Arbeiterschaft um Jahre zurückwerfen. Darum heißt es heute für alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie: Aufgepaßt! Hin-ein in die Gewerkschaft!

Er gab bekannt, daß Fortschritte seit dem letzten Bundeskongress in der Frage des Beamtenrechts nicht zu erzielen gewesen seien, nachdem der zuständige Referent Dr. Brecht von der Bürgerblockregierung ausgeschieden worden war. Es wurde lediglich an der Disziplinarverfugung weitergearbeitet. Der von der Reichsregierung ausgearbeitete Entwurf einer Reichsdienststrafordnung bringt praktisch einige geringe Verbesserungen, denen aber ganz wesentliche Verschlechterungen gegenüberstehen. Als solche sind zu nennen: Die Ausdehnung des Disziplinarverfahrens auf Pensionäre, die Erhöhung der Höchstgeldstrafen von bisher einem halben Monatsgehalt auf ein ganzes Monatsgehalt. Die Bindung des Dienststrafrichters an die tatsächlichen Feststellungen des Strafrichters. Der Referent kam in diesem Zusammenhang auch auf das Beamtenrätengesetz zu sprechen, von dem er bemerkte, daß die gegenwärtige Bürgerblockregierung es anscheinend in der Verfertigung hat verschwinden lassen. Noch einigen weiteren Ausführungen über Unfall- und Krankenfürsorge der Beamten sahnte der Referent die Ziele des DMB. dahin zusammen: Recht und Gehalt für die Beamten innerhalb des allgemeinen Arbeitsrechts unter Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse auszubauen.

Die engere Beratung verschiedener Tagesordnungspunkte wurde daraufhin den einzelnen Kommissionen überwiesen, die am Dienstag vormittag dem Plenum Bericht erstatten sollen.

Sperrung über die Kunststeinfirma Gebr. Frießede.

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands wird wegen der außerordentlich gesundheitsgefährlichen Wirkung der Affordarbeit bei der Bearbeitung von Naturstein sowie Kunststein seit Jahren dafür gekämpft, daß der Afford beseitigt wird. In allen von der Ortsverwaltung Berlin abgeschlossenen Tarifen wurde die Bestimmung aufgenommen, daß nur im Zeitlohn gearbeitet werden darf.

Infolge eines im Mai d. J. in der Werksteinindustrie Berlins ausgebrochenen Streiks wurde auch mit dem Bund der Deutschen Betonwerke, Gruppe Brandenburg, ein Tarif abgeschlossen, der die Bestimmungen enthält, daß nur im Zeitlohn gearbeitet werden darf und alle Steinmehre durch den partiellen Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Abteilung Steinmehrgewerbe, eingestellt werden müssen. Dieser Tarif wurde eigenhändig von Herrn Frießede als Vorliegendes des Bundes der Deutschen Betonwerke unterzeichnet.

Bereits während des Streiks äußerten sich die Steinmehre H. Bürges, G. Wolf und O. Braun verpflichtet, ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen und wurden außerdem zur Unterstützung der Firma von ihnen noch die Steinmehre R. Bod und B. Kramer als Helfershelfer herangezogen. Auf Vorhalt des Organisationsleiters wurde von ihnen als Entschuldigung ihres Verhaltens erklärt: daß sie nicht mehr Mitglieder der Organisation, sondern zum christlichen Verband übergetreten seien.

Gleich in den ersten Tagen nach geleisteter Unterschrift wurde der Verbandsteilung gemeldet, daß von den Steinmehren, die bereits während des Streiks ihren Kollegen in den Rücken gefallen waren, wieder Afford gearbeitet werde. Auf Vorstellwerden bei der Firma und dem Bund der Betonwerke wurde von dem Herrn Betriebsleiter sowie dem Herrn Syndikus ironisch erklärt: Was wollen Sie denn, diese Leute sind ja nicht Mitglieder Ihrer Organisation, wollen es auch nicht sein und sollen demnach auch nicht unter den Tarifvertrag.

Einige Zeit später wurden auch Neueinstellungen vorgenommen, natürlich ohne Nachweis. Diese Steinmehre wurden auch angehalten, eine Erklärung abzugeben, daß sie nicht mehr Mitglied unserer Organisation seien. Zwei anderen Steinmehre, die durch den Nachweis angefordert wurden, wurde aber erklärt, daß sie nur aus Hilfswaise eingestellt seien.

Damit war aber auch die Geduld der noch in der Firma arbeitenden organisierten Steinmehre zu Ende. Abgesehen von dem Druck, der seitens der Betriebsleitung auf sie ausgeübt wurde, war es ihnen nicht länger zuzumuten, weiter mit Leuten zusammenzuarbeiten, die zum Teil bewußt, zum Teil aus Unverständnis aus rein egoistischen Motiven, ihre eigenen und die Interessen der Gesamtkollegen dauernd mit Füßen treten. Es arbeiten dort noch folgende Steinmehre: Anton Bürges, Neufölln, Hermannstraße 171, Ernst Wolf, Neufölln, Juliusstraße 25, Otto Braun, R. 65, Ralplaquetstraße 28, Max Bod, Bernau, Grünstraße 19, Paul Zippel, R. 20, Soldiner Straße 70, Hans Schwarz, R. 57, Kurfürstenstraße 17, Max Henrich, Neufölln, Weisstraße 31 und Hermann Genrich, Rannensdamm, Raabe 121.

Von seiten der Organisation ist nun über die Firma Gebr. Frießede für organisierte Steinmehre die Sperrung verhängt. Wir eruchen die gesamte Bauarbeiterschaft dies zu beachten und alle Fälle, wo bekannt wird, daß für die Firma Frießede Steinmehre arbeiten ausgeführt werden, im Verbandsbureau der Steinarbeiter, Engelauer 25, zu melden.

Neugestaltung der Krisenfürsorge.

Der Verwaltungsrat des Reichsamts für Arbeitsvermittlung nimmt zur Vorlage über die Neugestaltung der Krisenfürsorge am 19. und 20. September Stellung. Die verschiedentlich aufgetauchten Befürchtungen, die Krisenfürsorge werde ganz beiseite gelassen, entsprechen nicht den Tatsachen, doch enthalten die Pläne der Regierung, soweit man hört, eine Reihe von Verschlechterungen. Gegen sie wird sich die Arbeiterschaft energisch zur Wehr setzen.

Wichtig: Friesenlager! Heute 19 Uhr im Gemeinschaftshaus, Saal 1, Versammlung aller Friesenlager der am Vertrag beteiligten Organisationen. **Jugendgruppe des BVMZ.** Heute, Dienstag, ab 18 Uhr Spielen auf der Spielwiese (Kriegsberg). **Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin.** Heute, Dienstag, 19 Uhr, tagen die Gruppen: **Krausitzer Allee:** Gruppenheim Götz, Jugendheim Klauer Straße 14, Zimmer 3. **Portogal:** Das Rödel in der Jugendbewegung. **Königsberger Platz:** Gruppenheim Westmensee, 3. **Kortrag:** „Gemeinschaften und Reichsverfassung“. **Wilmersberg:** Gruppenheim Jugendheim Poststr. 2. **Kortrag:** „Aus der Geschichte der freien Gewerkschaften“. **Treptow:** Gruppenheim Schule Wilmersbrucher, 10-11 (Kortzimmer). **Kortrag:** „Arbeitsfragen“. **Witz:** Gruppenheim Chaussee, Ecke Dannebergstraße. Die Veranstaltungen werden in der Gruppe bekanntgegeben. **Humboldt:** Jugendheim Vorplatz, Ecke Grünstraße. **Kortrag:** „Die Anfänge der Gewerkschaften“. **Schöneberg:** Ab 18 Uhr Spielen auf dem Sportplatz am Urban. **Schöneberg:** Ab 18 Uhr Spielen auf dem Metallarbeiter-Sportplatz. **Befucht die Ausstellung:** „Das junge Deutschland“ im Schloß Bellevue. Karten zu ermäßigten Preisen, Jugendliche 12 Pf., Erwachsene 50 Pf., sind in der Zentrale zu haben.

Verantwortlich für Postzeit: Richard Bernheim; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Funktionäre: Dr. John Schützmann; Sozial- und Konflikt: Felix Karst; Anzeigen: H. Glöck; Sammler in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Es bleibt beim Achtstundentag!

Entscheidung des Haupttarifamts für das Baugewerbe.

Die baugewerblichen Unternehmerverbände haben bei ihren Versuchen, durch „gesetzliche“ Maßnahmen den Achtstundentag im Baugewerbe zu beseitigen, kein Glück. Sie hatten sich bereits im Mai an das Reichsarbeitsministerium gewandt mit der Forderung, das Ministerium möge zentrale Verhandlungen zur Festlegung der Arbeitszeit im Baugewerbe stattfinden lassen. Die Unternehmer beriefen sich dabei darauf, daß nach der Schaffung des Arbeitszeitgesetzes eine „gesetzliche“ Neuregelung der Arbeitszeit vorliege. Die baugewerblichen Arbeiterorganisationen vertraten den Standpunkt, das Arbeitszeitgesetz sei keine gesetzliche Neuregelung der Arbeitszeit im Sinne des § 3 Abs. 1 des Reichsarbeitsvertrages. Das Reichsarbeitsministerium verwies die Unternehmerorganisationen an das Haupttarifamt, das zunächst über den Streitfall entscheiden müsse.

Die Entscheidung des Haupttarifamts ist nunmehr gefallen und zwar im Sinne der baugewerblichen Arbeiterorganisationen. Das Arbeitszeitgesetz ist danach keine gesetzliche Neuregelung der Arbeitszeit. Die baugewerblichen Unternehmerorganisationen müssen auf die Bewerklung ihrer Absicht durch „gesetzliche“ Schiedsprüche die Arbeitszeit im Baugewerbe zu verlängern, mit schwerem Herzen verzichten. Es bleibt im Baugewerbe bei dem Achtstundentag.

Die neuen Landesarbeitsämter.

Abgrenzung nach Wirtschaftsgemeinschaften.

Die Vorschläge des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung über die Abgrenzung der neuen Landesarbeitsämter sind den obersten Landesbehörden nunmehr zugestellt worden. Nachdem diese dazu Stellung genommen haben, wird der Vorstand im Benehmen mit den Landesbehörden und nach Anhörung der Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter seine endgültige Entscheidung treffen.

Die Abgrenzung der neuen Landesarbeitsämter zeigt, wie wir erfahren, folgendes Bild: Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Freistaat Sachsen, Provinz Sachsen mit Thüringen, Mecklenburg, Hannover, Westfalen, Rheinprovinz, Hessen, Baden mit Württemberg und Pfalz, Bayern. Die Gliederung ist noch wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen worden. Wirtschaftliche Gesichtspunkte können allein maßgebend sein; das sollten sich auch diejenigen sagen, die vielleicht mit dieser Reugliederung sich nicht gerne abfinden mögen. Die Grenzmark z. B. ist kein lebensfähiges Gebilde für einen Landesarbeitsnachweis; das beste wäre, sie ganz dem Landesarbeitsnachweisbezirk Brandenburg einzuverleiben. Ebenso muß die Pfalz mit Baden und Württemberg zusammen einen einheitlichen Körper darstellen; sie gehört nun einmal wirtschaftlich zu diesen Gebieten und nicht zum rechtsrheinischen Bayern.

Die Personenfrage, d. h. die Entscheidung darüber, wer an die Spitze der neuen Landesarbeitsämter kommt, ist zurzeit noch

völlig in der Schwebe. Die Entscheidung über die Personenfrage fällt nicht vor dem Zusammentritt des engeren Ausschusses des Vorstandes. Die Abgrenzung der neuen Landesarbeitsämter und die Regelung der Personenfrage muß nach streng sachlichen Gesichtspunkten erfolgen. Jede Rücksichtnahme auf irgendwelche lokale Schmerzen wäre nur der Beginn eines gefährlichen Durcheinanders aller möglichen Wünsche und Sonderinteressen. Diese müssen bei einer so ernstlichen, wichtigen und schwierigen Frage wie dem organisatorischen Aufbau der Arbeitslosenversicherung verstummen.

Bundeskongress des ADB.

Zum Schluß der gestrigen Vormittags-sitzung des Bundeskongresses des ADB. erstattete der Bundesvorsitzende Genosse Falkenberg den Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Januar 1925 bis zum 30. Juni 1927.

Er betonte einleitend, daß sich der ADB. trotz mancher ihm gemachten Schwierigkeiten seit dem letzten Bundeskongress gut entwickelt habe. Es kann festgestellt werden, daß die Beamten immer mehr einzusehen beginnen, daß nur durch eine freigewerkschaftliche Beamtenpolitik, die im engsten Einvernehmen mit den Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen betrieben wird, eine Beseitigung der vielen Ungerechtigkeiten in der Befoldungsfrage, wie auch in der Frage des Beamtenrechts erzielt werden könne. Er warnt in diesem Zusammenhang die Beamtenenschaft, sich nicht zu große Hoffnungen von der Bürgerblockregierung bei der Regelung der jetzigen Befoldungsreform zu machen. Man hat bisher immer,

wenn im Reiche entscheidende Wahlen bevorstehen,

den Beamten einige Brocken hingeworfen, sie im nächsten aber auf die Zukunft vertröstet. Es dürfte diesmal kaum anders kommen.

Auf die Einigungsverhandlungen eingehend, die im vorigen Jahr mit dem DMB. geführt wurden, bedauerte er lebhaft, daß diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt haben. Wenn sich heute leider noch beide großen Beamtenpioniergewerkschaften bekämpfen, werde doch die Entwicklung zeigen, welche von den beiden Organisationen den richtigen Weg gegangen ist. Die Beamten müßten sich aber auch endlich daran gewöhnen, nicht nur schöne Resolutionen zu fassen, sondern sich vielmehr bemühen,

Kampfororganisationen mit internationalem Charakter

auf die Beine zu stellen, wie sie die Arbeiter und Angestellten schon längst haben. Auch die Beamten müßten erkennen lernen, daß sie nichts weiter als Arbeitnehmer sind, die gegenüber dem Staate wie die Arbeiter und Angestellten ihre Rechte geltend machen müssen.

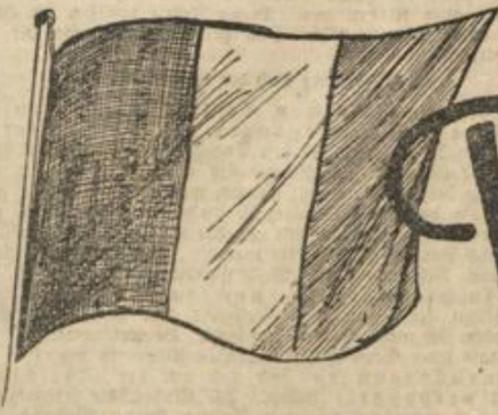
Auf die Verwaltungsreform eingehend, verlangte er, daß diese Reform nicht nur von oben, sondern von oben und unten gemacht werden müsse. Genosse Falkenberg schilderte dann noch in großen Zügen die organisatorische Tätigkeit des ADB. seit dem letzten Bundeskongress und sprach die Erwartung aus, daß sich der Allgemeine Deutsche Beamtenbund weiterhin günstig entwickeln werde.

Der Geschäftsbericht sowohl, wie der im Anschluß daran gegebene Rassenbericht wurden dem Kongress gebilligt und ohne Debatte dem geschäftsführenden Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Es folgte dann ein Referat des Genossen Dr. W. Ritter über

das neue Beamtenrecht.

Und aufs Brot
die frische Reif
die bayerische
Kernmargarine!

Zu jedem Pfund der Tafelmargarine „Frische Reif“ verpackt man gratis den neuentstandenen Band der Reif-Kochbücher! Vertreter der V. M. W. Nürnberg: Reif-Agentur, Berlin NO 6, Neue Känigstr. 11. Tel.: Känigstr. 1265, 1266, 1267.



Unter der Mikrolon in Berlin



BOTSCHAFT · PARISERPLATZ

Wenn man von der spanischen oder englischen Kolonie in Berlin spricht, so weiß man, daß damit die in Berlin lebenden Angehörigen jener Nationen gemeint sind. Bei der französischen Kolonie ist dies nicht in gleicher Weise verständlich; vielmehr bezeichnet mit diesem Namen der gewöhnliche Sprachgebrauch jene Mitbürger, die von den französischen Refugiés, den aus Frankreich wegen ihres Glaubens Ausgewanderten, abstammen. Solcher französischer Kolonien gibt es bekanntlich an verschiedenen Orten, aber die Männer und Frauen mit den französischen Namen sind gute Deutsche geworden. Versteht man aber unter französischer Kolonie die Zusammenfassung der hier ansässig gewordenen Bürger Frankreichs, so ist aus begreiflichen Gründen ihre Zahl keine sehr große.

Die kleine französische Kolonie.

Es ist schwer, einen Überblick über die Zahl der in Berlin lebenden Franzosen zu erhalten. Der Krieg hat naturgemäß die Verhältnisse von Grund auf geändert und Inflation, Geschäftskrise, aber auch der niedere Stand des Franken nach der Konsolidierung der deutschen Währung haben dazu beigetragen, daß kein Zurückfluten nach Friedensschluß erfolgte. Vereinzelt finden sich Kaufleute, auch Angestellte, dann bietet das weite Reich der Kunst, des Theaters und des Films, für diesen und jenen die Möglichkeit einer auf längere Dauer berechneten Betätigung. Wie sehr wohl in allen Ländern üblich und auf Geselligkeit beruhend, ist die Annahme einer Stellung von der Einwilligung des Arbeitsamtes abhängig. Wer dagegen sein Geschäft oder seinen Beruf selbstständig ausübt, ist zugelassen, und da dieses Niederlassungsrecht durch den vor kurzem abgeschlossenen Handelsvertrag gewährleistet ist, so dürfte eine Zunahme an solchen selbständigen Existenzen zu erwarten sein. Auch dies gehört zu den wohlthätigen Folgen des Vertragsabschlusses — geschäftliche Bindungen triumphieren über die engstirnige Auffassung internationaler Beziehungen. Zu bedauern ist, daß die Zahl der in Berlin studierenden Franzosen sehr gering ist; lange Zeit war nur eine Studentin hier — jetzt ist die Zahl der Studenten auf vier gestiegen. Die Schwäche des Franken — sechs Franken gleich einer Mark — hindert auch die Franzosen an Besuchereisen; wenn die Lebensmittel in dem reichen Lande immerhin noch erschwinglich sind, so ist die ganze Lebenshaltung doch bedeutend teurer geworden und legt der Reiselust Zügel an.

Das offizielle Frankreich.

Für die Einheit und Zusammenhängigkeit der Kolonie entschädigt die offizielle Vertretung, deren Zusammenfassung erkennen läßt, welchen Wert die französische Regierung auf den Berliner Posten legt. Botschaft wie Konsulat werden von erprobten Diplomaten geleitet. Wohl nur wenige Berliner dürfte es geben, die nicht das langgestreckte Palais der französischen Botschaft an der Nordseite des Pariser Platzes kennen. Glücklicherweise ist dieser Platz bisher noch von dem Eindringen des Geschäftsgeistes bewahrt geblieben; die wenigen Häuser, die ihn umgeben, liegen, durch die breiten Anlagen von dem brausenden Verkehr getrennt, ruhig und stolz-bescheiden da. Wurde dann vor der Botschaft das Baldachin gestellt und der Kaiser geleitet, so wußte man, daß in der französischen Botschaft eine Festlichkeit stattfand, die zuweilen durch die Anwesenheit Wilhelms II. in den Augen des Berliner Spielers eine

besondere Weihe erhielt. Heute spielen sich wohl die Empfänge und Routs in einfacheren Formen ab. Botschafter ist seit 1922 Herr Pierre de Margerie, dessen diplomatische Laufbahn 1884 in Kopenhagen begann. Konstantinopel, Belgrad, Washington, Madrid, Brüssel sind weitere Stationen, und dazwischen schieben sich spezielle Dienste, wie die Teilnahme an der Konferenz von Algeiras (1906) und Missionen im fernem und nahen Osten. Zweifelloß zählt de Margerie, der mit dem Großkreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet ist, zu den markantesten Persönlichkeiten der französischen Diplomatie. Bemerkenswert ist, daß er als Sondergesandter Frankreichs bei der Bestattung unseres ersten Reichspräsidenten, Ebert, am 5. März 1925 fungierte. Der Botschafter gehört ein Militär-, eine Marine- und ein Handelsattaché, sowie ein Pressechef an. In der Stellung eines Botschaftssekretärs ist Herr Roland de Margerie, ein Sohn des Botschafters, diesem attachiert.

Das Konsulat.

Im ganzen Deutschen Reich befinden sich zehn Konsulate und zwei Generalkonsulate; letztere mit dem Sitz in Hamburg und Leipzig. In Berlin besteht ein Konsulat, das neben Berlin das Gebiet von Brandenburg, Schlesien, Pommern, Mecklenburg-Strelitz und die Grenzmark umfaßt. Das Arbeitsgebiet ist somit ganz beträchtlich und da die Teilung in Bismarckteilung und Handelsabteilung auch ausgedehnte Bürouräume beanspruchte, so war es ein glücklicher Griff, daß Frankreich sich neben dem alten Besitz des Botschaftspalais in der Rathäuserstraße 3b eine zweite Heimstätte schuf. Die Rathäuserstraße mit den Abzweigungen der Margareten- und der Sigismundstraße darf sich wohl rühmen, eine der ruhigsten Straßen Berlins zu sein. Hier haben die Vorgärten noch hochragende Bäume, und auf dem Straßenabschnitt könnten Kinder ungeschädelt spielen, wenn es eben in diesen fashionablen Häusern solche Kinder gäbe. Aber hier ist das elegante Privatauto Trumf und an den Etagenfenstern zeigen die heruntergelassenen Jalousien an, daß das sommerliche Berlin für diese Einwohner keine Reize hat. Adolf Menzel hat hier in der Sigismundstraße gewohnt und Büchel, ein wenn auch nicht so freimüthiger, so doch originaler Prediger hat vor Jahrzehnten die Frauen und Töchter der damaligen Berlin W. begeistert. Von ihm stammt die Anrede an jene Käsin, die Sonntags zweimal in seine Kirche lief: „Ich habe gar nicht gewußt, daß Sie so vergnügungssüchtig sind, gnädige Frau.“ Heute werden es wohl nur wenige sein, die das in der Mitte der Straße ausgebaute Gotteshaus aufsuchen. Solche Gedanken an das alte Berlin werden wohl, wenn man sich in das schmucke Konsulatsgebäude begibt. Von 10 bis 12 Uhr herrscht Ruhmstille; es wird flott gearbeitet und der Aufenthalt in der großen Halle ist nicht peinlich. Im Durchschnitt kann man pro Tag 100 Bismarckteilungen rechnen; in der Reisezeit sind aber Tagesziffern von 200 bis 250 häufig. Während das deutsche Bismarck für Franzosen auf kurze Zeit gegeben wird und Ueberschreitungen sofort mit Geldstrafen (oft 100 Mark) geahndet werden, gibt das französische Konsulat das Bismarck derzeit auf ein Jahr, daß die bewilligte Zeit erst mit dem Tage der Einreise zu laufen beginnt. Jedenfalls eine den Interessen, namentlich des Geschäftsmannes dienende Liberalität. An die Spitze des Berliner

Konsulats ist seit September 1926 Herr René Binet getreten, der als guter Kenner Russlands wertvolle Kenntnisse für sein Amt mitbrachte. Vor und während des Krieges an der Botschaft in Petersburg tätig, hat er seit 1919 das Konsulat in Riga verwaltet. Das in Botschaft und Konsulat tätige Personal ist auf 40 bis 50 Köpfe zu veranschlagen. Jetzt nach dem Abschluß des Handelsvertrages wird zweifellos der Umfang der Konsulatsgeschäfte noch wachsen.

Vor dem Kriege hatte die „Société philanthropique française à Berlin“ die Aufgabe, bedürftigen Landesleuten zweckdienliche Unterstützung zu gewähren. Sie ist auch mit dem Frieden wieder aufgelöst, aber aus den oben entwickelten Gründen finanziell wenig leistungsfähig. Vielleicht, daß diese Zellen dazu beitragen, jenen französischen Gästen, die gute Zeiten hier zubringen, den Anschluß an jene Kreise nahezu legen. Mit einem Hinweis auf das so wertvolle Werk des deutsch-französischen Schüleraustausches (échange interscolaire) sei geschlossen. Das offizielle Frankreich gibt eine Unterstützung dadurch, daß es das Bismarck kostenlos erteilt. Die deutsche Republik sieht ihrer älteren Schwester hierin nicht nach.

Das Projekt der 3000 Wohnungen.

Beratung im Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung.

Nicht zum erstenmal droht ein großes soziales Projekt unserer städtischen Verwaltung an dem Starrsinn der Beratungskollegien für Auslandsanleihen zu scheitern. Nach den schier endlosen Verhandlungen hatte endlich der Ausschuß für den Wohnungsbau schnelle und gründliche Arbeit geleistet, da taucht die Frage der Kapitalertragssteuer auf und gefährdet aufs neue das Zustandekommen des Vertrags. Nach den ausführlichen Mitteilungen, die gestern Stadtrat Genosse Wuyli im Haushaltsausschuß gab, handelt es sich um eine jährliche Summe von 756 000 M., zu der noch ein einmaliger Eisenstempel in Höhe von 2 Millionen tritt. Wenn die Stadt die Steuer und den Stempel tragen müßte, so würde sich der laufende Zuschuß von 22 Millionen, den sie ohnehin zur Verbilligung der Mieten in den neu zu errichtenden Wohnungen zu zahlen bereit ist, auf weit über 3 Millionen erhöhen. Das Konsortium lehnt die Ueberschreitung der Steuer auf Grund der Ausschreibungsbedingungen ab, ist aber bereit, sich selbst um den Erlaß der Steuer zu bemühen. Die Entscheidung liegt beim Reichsfinanzministerium, das sich seinerseits an das Bismarck der „Beratungsstelle“ gebunden hält. Die Stellungnahme der „Beratungsstelle“ ist bekannt: sie hat der Stadt Berlin jede Anleihe für Wohnbauzwecke rundweg verweigert, sie wird nach den gestern im Ausschuß gegebenen Informationen alles daran setzen, um auch die Beschaffung der notwendigen Auslandskapitalien auf dem jetzt gewählten Umwege unmöglich zu machen. Es besteht also kaum eine Aussicht auf den Erlaß der außerordentlich hohen Kapitalertragssteuer.

Die Wohnungsnot in Berlin verträgt aber keine weitere

Die Silberschwärme

Von Rex Beach

(Nachdruck verboten)

Katzenhafte Uebersetzung aus dem Englischen von Julia Kopp

Es entstand lauter Tumult. Emerson aber war noch viel zu verwundert über das ganze Ereignis, um auf die Fragen zu antworten, die die neu Angekommenen auf ihn herabregnen ließen. Da aber streckte Marsh seine zitternde Hand aus, zeigte auf ihn und rief hysterisch: „Dort steht der Mann, der mich ermorden wollte. Er — er hat mich verwundet. Ich will, daß er verhaftet wird.“

Emerson war sich sofort über seine gefährliche Lage klar. Darum wandte er sich an die Gruppe und sagte: „Ich habe es nicht getan. Ich hörte, daß hier gekämpft wurde, darum lief ich zur Hilfe herbei.“

„Er lügt“, unterbrach der verwundete Marsh ihn kreischend, „er hat mich mit einem Messer gestochen! Seht her!“ Er versuchte sein Hemd beiseitezuschieben und seine Wunde zu zeigen, während die Zähne ihm im Munde zusammenschlugen.

„Oh, mein Gott! Ich bin verwundet!“ Er schwankte zu einer Kiste, auf die er niederfiel.

„Ich habe es nicht getan“, wiederholte Boyd.

„Wer hat es denn getan?“ fragte einer der Leute.

„Was haben Sie hier zu suchen?“ fragte der Mann mit der Laterne.

„Hört mal, Leute“, sagte Boyd mit einer Stimme, bei deren Klang die Männer verstummten. „Hier liegt ein Irrtum vor. Ich wollte gerade an dem Hause vorbeigehen, als ich eine Frau schreien hörte.“

„Eine Frau“, riefen die Männer im Chor, „wo ist sie?“

„Das weiß ich nicht. Sie lief fort, als ich kam.“

„Das ist nicht wahr“, schrie Marsh.

„Es ist wahr“, sagte Emerson und seine Stimme dudete keinen Widerspruch, und es war auch ein Mann dabei.

„Wer war die Frau, Marsh? Und wer war der Mann?“

„Ich — ich weiß es nicht. Ich bin verwundet“, wiederholte er mit schwacher Stimme. Als er die Bestürzung in den Gesichtern um sich her sah, sagte er: „Steht doch nicht da, wie eine Schar Schafe. Warum greift ihr ihn nicht?“

„Wenn ich ihn verwundet hätte, müßte ich ja ein Messer haben“, sagte Emerson zu den Leuten, die zögerten. „Ihr könnt mich gern unteruchen. Seht her!“ Er schlug seinen Rock zurück und zeigte seinen Gürtel.

„Er hat einen Revolver“, sagte einer der Leute.

„Ja, und ich werde Gebrauch davon machen, wenn ihr mich dazu zwingt“, sagte Emerson ruhig.

„Vielleicht hat er das Messer weggeworfen“, sagte der Aufseher und begann auf der Erde zu suchen.

„Vielleicht hat die Frau Marsh verwundet“, meinte Emerson.

Diese Vermutung veranlaßte Marsh von neuem zu schreien: „Ich sage, hier war keine Frau.“

„Und hier ist auch kein Messer“, sagte Emerson spöttisch.

Die Leute zögerten. Als Marsh sah, daß die Leute nicht wußten, ob sie Emerson oder ihm Glauben schenken sollten, fuhr er fort: „Wenn er kein Messer hat, muß er einen Helfershelfer gehabt haben.“

„Hören Sie, Marsh“, sagte Emerson ruhig, „wenn Sie uns sagen, wer die Frau war, können wir wahrscheinlich den Zusammenhang finden.“

Ohne zu antworten stand Marsh auf und sagte, indem er sich auf den Aufseher stützte: „Helfen Sie mir ins Haus und schicken Sie die Barkasse zu der oberen Fabrik, damit sie John holt, er versteht sich auf Wundbehandlung.“ Und ohne noch etwas zu sagen, begab er sich in das Haus, von den verwirrten Leuten gefolgt.

Niemand dachte mehr daran, Emerson zurückzuhalten, und als er seinen Weg fortsetzte, grübelte er darüber, was die Veranlassung zu diesem nächtlichen Abenteuer sein könnte. Er zerbrach sich den Kopf, um einen Anhalt dafür zu finden, wer die Frau sein könnte, die nachts und an solchem Ort mit Marsh zusammentraf! Davon war er überzeugt, daß es nicht nur Feindschaft war, die Marsh veranlaßte, ihn als den Messerstecher zu beschuldigen, er hatte etwas zu verbergen, das ihn ängstigte, denn er hätte seinen Feind lieber gehen lassen als sich einem Verhör zu unterwerfen.

Plötzlich blieb Boyd stehen, und rief sich noch einmal die schattenförmigen Umrisse der Gestalt, mit der er vorhin zusammengestoßen war, ins Gedächtnis zurück. Sie war ihm bekannt vorgekommen. Plötzlich schlug er seine Hände zusammen und pfiff vor sich hin. Der Zusammenhang begann ihm zu dämmern. Ueber eine Stunde ging er vor der Tür

seines Hauses auf und ab, und war so in seine Gedanken vertieft, daß nur das ausbrechende Unwetter ihn ins Haus trieb. Als er schließlich zur Ruhe ging, war er davon überzeugt, daß diese Nacht ihm eine neue Waffe in die Hand gespielt hatte. Aber er wußte noch nicht, wie ungeheuer nützlich sie ihm werden sollte.

Am 1. Juli hielt das Haupttheater des Baches seinen Einzug im Kaltefluß. Während der vorher gegangenen Wochen hatten sich schon vereinzelte Schwärme gezeigt, und die Fabriken hatten eine Art Generalprobe abgehalten, am ersten Tage des neuen Monats aber kamen die Schwärme in ungeheuren Mengen aus den Tiefen des Meeres, und die Schlacht hatte ernstlich begonnen. Bei Tagesgrauen waren sie gekommen. Eine wilde, wimmelnde Schar, woher sie kam, konnte niemand sagen; sie peitschten die ruhige Wasseroberfläche der Bucht zu wilden Stromwirbeln. Draußen hob und senkte das träge Meer sich so lächelnd und friedlich wie immer. Im Hafen aber war alles seltsam verändert.

Schneller als sonst stieg die Flut, getrieben durch das mutige, vorwärtsdrängende Heer, das dennoch dazu verurteilt war, durch Menschenhand zu sterben. In ihren silbernen Hornischen, die grün und blau schillerten, stürzten sie in großen Kolonnen vorwärts. Bisweilen kamen ihre gespaltenen Flossen zum Vorschein, mit denen sie das Wasser peitschten, bis es sich über die flachen Sandbänke wälzte, wie die Wogen zur Flutzeit; durch die Tiefe hüpften schattenartige Formen, das blißartige Aufleuchten ihrer silberglänzenden Leiber füllte das Dunkel.

Die Fischerboote, die beim Morgengrauen bemant worden waren, glichen einer Schar Riesenmotten mit weißen Flügeln, die, durch Flut und Strom, durch Segel und eifrige Menschenhände getrieben, hinausjagten, ihre langen Netze auszuwerfen, um nach einer Weile mit Fang geladen, zurückzufahren. Ruffige Bugfischerboote lagen neben den Fellen und erfüllten die Luft mit dem Geräusch ihrer kreischenden Kräne, wenn diese die widerstrebenden Fische aus den „Leichen“ hoben, die der immer größer werdende Schwarm von Gefangenen zu milchartigem Schaum peitschte. Und unablässig verschlangen die Fabriken die Ernte des Meeres, schneller und schneller, mit ihren Metallkiefen klirrend und rasselnd, während die Häufen von Bächen, die in die Flensmaschinen gefüllt werden sollten, der Mannschaft bis an die Hüften reichten. (Fortsetzung folgt.)

Verzögerung des Planes selbst. Das wurde namentlich von dem Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im Ausschuss nachdrücklich hervorgehoben. Es bleibt zu prüfen, ob der vorgeschlagene Weg trotz der Schwierigkeiten noch als gangbar anzusehen ist — wenn nicht, so muß unverzüglich ein anderer erfolgversprechender Weg gewählt werden. Der Haushaltsausschuß lehnte daher alle Vorschläge, die eine Verschleppung der Angelegenheit herbeiführen müßten, mit den sozialdemokratischen Stimmen ab, insbesondere einen kommunistischen Antrag auf Vorlegung des gesamten hundert Seiten umfassenden Materials über den Gang der Vorverhandlungen sowie den deutschnationalen Vorschlag auf Einsetzung eines Unterausschusses. Er beschränkte sich vielmehr auf die Vorlegung des endgültigen Vertragsentwurfs und beschloß, in zwei Sitzungen am Mittwoch und Donnerstag die Entscheidung darüber herbeizuführen, um noch am Donnerstagabend im Plenum der Stadtverordnetenversammlung endgültig darüber beraten zu können.

Das Verbrechen in der Laubenzkolonie. Ein 21jähriger als der Messerstecher festgestellt und verhaftet.

Das furchtbare Verbrechen an dem Eisenbahnarbeiter Georg Beyrow, der, wie mitgeteilt, in einer Laubenzkolonie in Weihensee hinterläßt niedergefallen wurde, hat seine Aufklärung gefunden. Den Ermittlungen der Nordkommission gelang es, den Messerstecher aufzufindern und festzunehmen. Es ist ein 21 Jahre alter Alfred Gerke aus der Spreulstraße zu Weihensee. Obwohl der Festgenommene anfänglich beharrlich leugnete, mußte er endlich ein Geständnis ablegen, da ihn mehrere Zeugen mit Bestimmtheit wiedererkannten und auch das Messer als sein Eigentum festgestellt wurde. Gerke gehört zu einer der Kolonnen, über deren Treiben wie schon berichtet. Mit anderen jungen Burschen zusammen hatte er am Sonnabend abend wieder versucht, die Festlichkeit der Laubenzkolonisten zu stören, war aber hinausgeworfen worden. Auf der Straße kam es dann noch zu einer Schlägerei und Gerke verlor in der Dunkelheit und in dem Durcheinander sogar einen seiner Freunde, einen gewissen Pring, mit dem Messer am Arme. Ohne zu erkennen, daß er den unbeteiligten Beyrow, der zu keiner der streitenden Parteien gehörte, vor sich hatte, stieß er mit dem Messer auf ihn ein und brachte ihm so schwere Verletzungen bei, daß der Unglückliche bald darauf starb. Gerke wird wegen Totschlages dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Um den Kleintarif.

Scharfes Vorgehen gegen das „wilde Fahren“.

Zu dem neuen Beschluß der Droschkenbesitzer teilt der Polizeipräsident mit:
Nach den Vorschriften der Droschkenordnung vom 22. Juni 1927 und der Bekanntmachung über die Fahrpreise der Kraftdroschken vom gleichen Tage darf der Kraftdroschkenführer von dem Fahrgast nur den Fahrpreis erheben, den der Fahrpreisanzeiger anzeigt, abweichende Vereinbarungen sind nicht gestattet (§ 12 Abs. 4 der Droschkenordnung). Zwar ist es zulässig, daß Großdroschken und Mitteldroschken mit der dem Tarif entsprechenden Borte und einem Kleintariffahrpreisanzeiger versehen und die Kraftdroschke mit veränderter Ausrüstung dem Kraftverkehrsamt vorgelegt und von diesem abgenommen worden sein (§ 1 Abs. 5 der Bekanntmachung). Entgegen diesen Vorschriften befinden sich gegenwärtig eine Reihe von Droschken auf der Straße, die eine einreihige Karoborte, aber keinen Fahrpreisanzeiger für Großdroschken haben, sondern einen Fahrpreisanzeiger für Mitteldroschken und daneben eine selbst aufgestellte, amtlich nicht anerkannte Tabelle. Da bei diesem Verfahren das Publikum vor Betrügereien in keiner Weise geschützt und insbesondere die Tabelle und ihre Anwendung vollkommen in die Willkür des Fahrers gestellt ist, erachtet der Polizeipräsident ein scharfes Vorgehen gegen das wilde Fahren dieser Fahrer für unbedingt erforderlich und hat daher zum Schutze des Publikums die Polizeibeamten angewiesen, alle Kraftdroschken, die eine einreihige Karoborte, aber mit Fahrpreisanzeiger, vor dem nicht das Wort „Kleintarif“ steht, haben, sofort zu entstampeln und außer Betrieb zu setzen. Desgleichen soll gegen Kraftdroschken, die zwar keine Aenderung an ihrem Wagen vorgenommen haben, aber entgegen den Vorschriften der Droschkenordnung nach Tabelle fahren, strafrechtlich vorgegangen werden. Kraftdroschken, die trotz Entstampelung weiter im Droschkenbetrieb verwendet werden, werden dauernd außer Betrieb gesetzt, ihre Nummer wird gelöscht.

Wenn Kinder ohne Aufsicht sind!

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern gegen 17 Uhr in der Frankfurter Allee 163 ab. Aus dem Fenster der im 4. Stockwerk gelegenen elterlichen Wohnung stürzte das vierjährige Kind Hermann des Schuhmachers A. auf die Straße hinab, wo es schwer verletzt liegen blieb. Ein Vorübergehender sorgte für die Ueberführung des Kindes in das Hubertus-Krankenhaus. Als man sich noch um den schwerverletzten Jungen bemühte, tauchte am Fenster ein zweites Kind auf, das herausstarrte und sich auf der Dachrinne niederlegte. Im letzten Augenblick gelang es Hausbewohnern, in die Wohnung einzudringen und das Kind, das gleichfalls jeden Augenblick abzustürzen drohte, zu retten. — Die Kinder waren längere Zeit ohne Aufsicht geblieben und hatten sich am Fenster zu schaffen gemacht, wobei der vierjährige H. den Halt verlor und abstürzte.

Abstimmungsfest der Ost- und Westpreußen.

Im Rahmen der Tagung des Reichsverbandes heimattreuer Ost- und Westpreußen fand in der „Neuen Welt“, Halensee, eine Abstimmungsfest statt, die für die Delegierten durch die Ortsgruppe Neudölln-Bezirk veranstaltet wurde. Die beabsichtigte Rede des Senatspräsidenten der freien Stadt Danzig Dr. Sahm fiel aus, da sich Sahm augenblicklich noch in Genf befindet. Oberregierungsrat Hoffmann sagte noch einmal in seiner Festrede die Gedanken der Resolution zusammen, die bereits am Nachmittag der Reichsregierung übermittelt worden war. Das Nennengebiet, Soldau, Danzig und andere Teile des abgetretenen Westpreußens sind deutsche Gebiete, und das gesamte deutsche Volk sollte sich darin einig sein, auf eine Revision des Versailler Vertrags zu bestehen. „Wir bitten die deutsche Reichsregierung, im Vertrauen auf die Gerechtigkeit unseres Verlangens, gestützt auf das deutsche Volk in allen Teilen, eine Politik der Abänderung des Versailler Vertrags auf friedliche Weise anzustreben und entschieden zu führen und allen Vorschlägen eines Ost-Italo-Vertrages gegenüber sich ablehnend zu verhalten.“

Ein Blutdämon aus den Revolutionstagen. Auf der Mittelpromenade der Frankfurter Allee vor dem Hause Nummer 61 wurde um 9½ Uhr bei Ausschachtungsarbeiten zur Untergrundbahn ein Artilleriegeschloßblindgänger, eine 10,5-Zentimeter-Granate, gefunden. Die Fundstelle wurde abgeperrt. Die Abstellung la wurde benachrichtigt.

Eine Bekanntmachung über die vereinfachte Einreichung der Belege über den Steuerabzug vom Arbeitseinkommen für das Kalenderjahr 1927 finden unsere Leser im Anzeigenteil dieser Nummer.

Was geht in den Schulen vor?

Rückgang der Schülerzahl. — Verbiebungsfachung der religionslosen Schüler.

Die bevorstehende Beratungen des Reichsrates und des Reichstages über den Reichsschulgesetzentwurf dürften den vor kurzem festgestellten vorläufigen Ergebnissen der preussischen Schulerhebung vom 23. November 1926 besondere Beachtung sichern. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst der Statistischen Korrespondenz entnimmt, ist seit der vorletzten Erhebung im Jahre 1921 die Zahl der Schüler der öffentlichen Volksschulen in Preußen erheblich zurückgegangen, nämlich von 5 461 594 auf 4 136 665 oder um 24,26 Proz. Diese Abnahme hängt mit dem Geburtenausfall während des Krieges zusammen. Der erhebliche Verminderungs der Schülerzahl steht eine nur sehr unbedeutende Abnahme der Schulen gegenüber (von 33 281 auf 32 906 oder um 1,13 Proz.). Stärker ist die Zahl der Klassen gesunken (von 123 040 auf 111 147 oder um 9,67 Proz.). Eine Verminderung weisen auch die Lehrpersonen auf (von 116 584 auf 109 187 oder um 6,34 Proz.). Als Resultate aus der Bewegung dieser verschiedenen Zahlenreihen ergibt sich, daß sowohl die Zahl der durchschnittlich auf eine Klasse als auch die Zahl der durchschnittlich auf einen Lehrer entfallenden Kinder gesunken ist, und zwar im ersten Falle von 44,39 auf 37,22 oder um 16,1 Proz., im zweiten Falle von 46,85 auf 37,89 oder um 19,1 Proz. Das bedeutet vom pädagogischen Standpunkt aus eine Verbesserung, der allerdings auf der anderen Seite möglicherweise eine Verschlechterung in dem Fortschritt von Stufen gegenübersteht.

In den verschiedenen Provinzen

weicht das Verhältnis von Lehrer- und Schülerzahl erheblich voneinander ab. Am günstigsten ist es in Berlin mit 29,60; die übrigen Provinzen schließen sich in folgender Reihenfolge an: Schleswig-Holstein 34,66, Brandenburg 66,07, Hohenzollern 66,33, Hannover 36,78, Pommern 37,01, Sachsen 37,29, Hessen-Nassau 37,46, Grenzmark 38,44, Ostpreußen 39,21, Niederschlesien 39,89, Westfalen 39,90, Rheinprovinz 40,20, Oberschlesien 43,02. Im Vergleich mit 1921 ist demnach die Zahl der Schüler, die ein Lehrer durchschnittlich zu unterrichten hat, überall erheblich kleiner geworden. Nach dem Geschlecht gegliedert, ist die Zahl der Knaben um 23,13, die der Mädchen um 24,39 Proz. zurückgegangen. Die etwas stärkere Abnahme der Mädchen hängt offenbar damit zusammen, daß bei den Geburten in den Jahren 1916—1920 auf 100 Mädchen mehr Knaben entfielen als in den Jahren 1907—1911. Ebenso hat auch bei der Lehrerzahl der Anteil des männlichen Geschlechts zugenommen. In drei Provinzen steht der Anteil der Frauen weit über dem Staatsdurchschnitt, nämlich in Berlin mit 37,0 Proz., in Westfalen mit 34,9 Proz. und im Rheinland mit 36,5 Proz. Abgesehen von Berlin erklärt sich diese Erscheinung dadurch, daß fast die Hälfte der preussischen Großstädte (12 von 29) in der Rheinprovinz liegt. Was die Frage der getrennten oder gemeinschaftlichen Erziehung angeht,

so machten schon im Jahre 1921 die gemischten Klassen 62,21 Proz. aller Klassen aus. Dieser Anteil hat sich im Jahre 1926 auf 66,46 Proz. erhöht. Von größerem Interesse für die Öffentlichkeit ist die Gliederung nach der Konfession.

Die Gliederung nach der Konfession.

Die Zahl der evangelischen Schüler ist relativ um eine Kleinigkeit mehr zurückgegangen als die der katholischen (um 25,06 Proz. bei den Evangelischen, um 24,36 Proz. bei den Katholischen). Verhältnismäßig viel geringer war der Rückgang bei den Juden, nämlich nur um 5,96 Proz. Zugewonnen haben die Schüler, die weder einer Religions- noch einer Weltanschauungsgemeinschaft angehören (von 41 732 auf 50 855 oder um 21,9 Proz.). Noch stärker war die Zunahme bei den Angehörigen von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die weder zu den Christen, noch zu den Juden gehören (dazu gehören auch Freireligiöse und Monisten). Diese Zahlen haben sich mehr als verdreifacht. Bemerkenswert ist, daß die außerhalb jeder Gemeinschaft stehenden Kinder in Berlin an Zahl zurückgegangen sind und nur im Rheinland sich fast verdoppelt haben. Die Kinder, die freireligiösen Gemeinschaften angehören, weisen in Sachsen, Berlin, Niederschlesien, Westfalen, Hannover und der Rheinprovinz eine besonders starke Vermehrung auf. Vergleicht man die konfessionelle Gliederung der Schulen mit der konfessionellen Gliederung der Schüler, so zeigt sich gegenüber 1921, daß die Zahl der evangelischen Schulen von 23 159 auf 22 854 oder um 1,32 Proz. zurückgegangen, dagegen die Zahl der katholischen Schulen von 8638 auf 8721 oder um 0,96 Proz. gestiegen ist. Sehr stark ist der Rückgang der jüdischen Schulen (93 gegen 133 oder 39,22 Proz. weniger). Auch die paritätischen Schulen weisen eine Abnahme von 1331 auf 1238 oder um 7,7 Proz. auf. Die Schulen ohne Religionsunterricht (Sammelschulen) sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Solche Sammelschulen existierten am Zähltag 171 mit 1161 Lehrpersonen und 49 970 Schülern.

Die Zahl der planmäßigen Schulstellen ist bei den evangelischen Schulen um 8,08 Proz. gesunken, bei den katholischen um 5,33 Proz., bei den jüdischen um 33,83 Proz., bei den paritätischen um 4,1 Proz. Was die Konfession der Lehrer angeht, so ist die Zahl der evangelischen Lehrer um 7,99, die der katholischen um 5,11, die der jüdischen um 29,41 Proz. zurückgegangen, dagegen haben die Lehrer, die freireligiösen Gemeinschaften, oder keiner Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft angehören, von 133 auf 338 oder um 120,9 Proz. zugenommen. Aus der Gesamtübersicht ergibt sich, daß sich die Versorgung der Schüler mit Schulen und Lehrkräften der eigenen Konfession bei den Katholiken am günstigsten, bei den Juden am ungünstigsten entwickelt hat.

Allg. Funktionär-Versammlung

heute, Dienstag, den 13. September, 19½ Uhr,
in den Germania-Festsälen, Chausseest. 110.

Tagesordnung:

Sozialdemokratie und Reichsschulgesetz
Referent: Genosse Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.

Näher den Partei- und Gewerkschaftsfunktionären sind die sozialdemokratischen Ortsvereine und Lehrer eingeladen. — Mitgliedsbuch legitimiert

Das ist neutral!

Der Reichsausschuß für Leibesübungen beim Wertvolleff.

Der „Wertvolleff“ hatte am Sonntag seine Mannen nach Potsdam zu einem „ersten Reichswehrtreff“ zusammengerufen. Die sportlichen Darbietungen waren ziemlich dürftig. Die Meisterlichkeiten bestanden aus Gepäcsmarsch, Dreistampf (3-Kilometer-Lauf, Handgranatenwurf und Weitsprung) und Kampfsportspielen, einer Mischung zwischen Fußball und Handball.

Interessant ist nur die Tatsache, daß an diesem Sportfest der radikalsten Nationalisten der sogenannte „Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen“ (die Zentralstelle der bürgerlichen Sportbewegung) beteiligt war! Als Schiedsrichter bei den Wettkämpfen fungierten Vertreter der „Deutschen Hochschule für Leibesübungen“, einer Sportschule, die angeblich neutral ist und mit staatlichen Mitteln ausgestattet wird. Außerdem wurden auf dem Festplatz neben Ludendorff-Broschüren und „Wermolt“-Zeitungen das Olympiabuch des „Deutschen Reichsausschusses“ angepriesen. Und die Abzeichenverkäufer führen außer Patentzeug- und Totenkopffahnen auch die Fahnen der Deutschen Turnerschaft!

Der Reichsausschuß für Leibesübungen hat beschlossen, auf der Amsterdamer Olympiade neben der Reichsflagge auch die „Handelsflagge“ zu hissen, d. h. also schwarzweiß-rot zu schlagen. Es ist unerfindlich, was der Sport mit dem Handel gemein hat.

Der Reichsausschuß veranstaltet Sammlungen über das ganze Reich, erfreut sich der Protektion der Behörden, schnorrt von der Republik Geld, verlangt Unterstützungen und brüstet: — anjcheinend aus Dankbarkeit — die Reichsflaggen.

Unfall des bayerischen Ministerpräsidenten. Ministerpräsident Dr. Held, der in einem Auto der Landespolizei von München in Regensburg eintrat, ist von einem Unfall betroffen worden. Das Auto stieß an einer Straßenkreuzung mit einem Straßenbahnwagen zusammen und wurde stark beschädigt, wobei Dr. Held einige Hautabschürfungen erlitt.

Toronto und Palästina. Am heutigen Dienstag, 13. September, abends 10½ Uhr, sprechen in der Aula des Werner-Siemens-Realschulmanns, Dödenhamerstr. 47/49 (Untergrundbahnhof Altkönigs-Platz), in öffentlicher Versammlung Rabbiner Dr. Max Wiener über „Das Erlösungswort in n. n. n. n. n.“ und Subliminal Dr. Otto Tode-Stettin über seine „Ergebnisse auf dem III. pädagogischen Weltkongress in Toronto“. Neberrmann ist eingeladen.

Märische Sonntagswanderungen. Am nächsten an die Märkischen Wanderungen des vergangenen Sommers anschließen das Bezirksamt Schöneberg am Sonntag, dem 18. September, eine Herbstwanderung: Mielenburg (Schloß und Dorf) — Nüßling — Spinnrad. Abfahrt: Schloß Mielenburg 7 26 Uhr, Charlottenburg 8 01 Uhr, Preisfahrkarte 7 41 Uhr, Bismarck 8 19 Uhr. — Sonntagabends 8 Uhr. — Teilnahme bei Beginn der Wanderung. Auskunft: Fernspr. 24700 2780.

Eine ganze Flasche Brennspiritus!

Gestern, um 14 Uhr, verstarb in der Wohnung des Arbeiters Erich K. in der Steinwegstraße zu Berlin die 40jährige Gertrud Lorte infolge übermäßigen Alkoholkonsums. Die L. hatte eine ganze Flasche Brennspiritus geleert. Ein hinzugerufener Arzt stellte den Tod durch Vergiftung mit Brennspiritus fest. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und in das Schauhhaus gebracht.

Die Ordner der Profetarischen Festerunden treffen sich zum Jugendweibe im Großen Schauspielhaus am 18. d. M., vormittags 9 Uhr an bekannter Stelle.

Reichsbanner-Fahnenweihe in Blankensee. Am Sonntag fand unter zahlreicher Beteiligung der Berliner Kameradschaften und der Bevölkerung die Fahnenweihe des Ortsvereins Blankensee des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Bereits am Sonnabend wurde ein Fackelzug veranstaltet, bei dem der Kreisleiter Kamerad Franke eine Ansprache hielt. Die Weihe der Fahne nahm der Bürgermeister, Genosse Mellich-Friedrichshain vor. In seinen Ausführungen wandte er sich mit aller Schärfe gegen die Infiltrationsversuche. Preußen und Berlin hätten gezeigt, wie man den Reichsflaggen Achtung verschaffen kann. Unsere ganze Arbeit muß sich auf die Reichstagswahlen von 1928 konzentrieren, damit die Republik auch im Reiches reiflos den Republikanismus gehört. Der Kreisleiter gedachte ferner der Taten des Weltkrieges und der Republik und brachte ein Hoch auf die Republik und das Reichsbanner aus. Anschließend daran fand ein Ummarsch durch Blankensee und Rahlow statt.

Eine Wochenendfahrt nach Dessau und durch den Wörlitzer Park veranstaltet der Touristenverein „Die Naturfreunde“ Zentrale Wien am 17. und 18. September. Treffpunkt der Teilnehmer nachmittags 4 Uhr am Haupteingang des Bahnhofes Charlottenburg. Bahnfahrt bis Dessau (Quartier). Sonntag Weiterfahrt nach Wörlitz und Besichtigung des herrlichen Naturparks, der immer wieder ein Anziehungspunkt vieler Freunde ist. Preis der Teilnehmerkarte 15 M. (Eisenbahnfahrt hin und zurück, Logis (Betten) mit Morgenfrühstück und Besichtigungen). Mitgefahren 2 M. Karten sind zu haben bei: Bruno Damitz, R. 65, Lüderstr. 38; Thomas, R. 65, Zugenburger Str. 1 (Laden); Sinn, R. 20, Stettiner Str. 30; „Vorwärts“-Expedition, Treptow, Gröschstr. 50; Rich. Walter, Neukölln, Siegfriedstr. 55 (Laden).

Wochenende auf Rügen. Trotz der nicht besonders günstigen Witterung ging auch diesmal der auf besetzte Wochenendzug am Sonnabend an die Ostsee ab. Im Anschluß an diese Fahrt veranstaltete die Swinemünder Dampfschiffahrt A.G. auf ihrem Salon-Schnelldampfer „Stettin“ eine Rügenfahrt nach Stubbenammer. Man fuhr zunächst in knapp 4 Stunden nach Swinemünde. Hier wurde übernachtet, dann ging es am nächsten Morgen mit dem Schiff weiter, vorbei an all den Esseebädern auf Usedom, bis die äußerste Spitze Rügens, Thyffow, auftauchte. Schon vom Schiff aus sieht man wieder, wie schöne Wälder diese Insel besitz. Nach vierstündiger Seefahrt waren die Kreidestellen von Stubbenammer erreicht und nun begann der Aufstieg zum Königsstuhl. Stunden hindurch kann man durch die dichtesten Buchenwälder laufen, durch Täler und dunkle Schluchten, und immer wieder hat man einen Ausblick auf die See. Brücken führen über lustig plätschernde kleine Bäche. Und dann kommt man zum Hafen Sahnitz, dem der Durchgangsverkehr nach Schweden eine eigene Rate gegeben hat. Die Organisation der ganzen Fahrt war eine recht gute. Es ist zu begreifen, daß dank dem Zusammenarbeiten der Reichsbanner mit den Schiffahrtsgesellschaften Naturfreunden für billiges Geld (die ganze Fahrt hin und zurück kostete inkl. Übernachtungen 16,50 M.) die deutschen Landschaften erschlossen werden.

Nur Chlorodont

die Qualitäts-Zahnpaste von mehr als 5 Millionen Menschen allein in Deutschland als bestes Zahn- und Mundpflegemittel im Gebrauch. Besondere Vorzüge: 1. macht die Zähne blendend weiß, 2. entfernt häßlich gefärbten Zahnbelag, 3. beseitigt unangenehmen Mundgeruch. Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pf. — große Tube 1 Mk. — Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mark, für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mark. Man verlange nur Chlorodont.

Die Sabotage des Handelsfriedens.

Zollkrieg mit Polen und kein Ende. — Schiele, der Saboteur.

Trotz Genf, Stockholm und den Erklärungen der Reichsregierung in Hamburg führt Deutschland mit Polen jetzt im dritten Jahre einen für die deutsche Wirtschaft höchst verlustreichen Zollkrieg. Es hat den Anschein, daß an diesem Zustande auch jetzt noch nichts geändert werden soll. Der deutsche Gesandte in Warschau, Kaufner, wird in den nächsten Tagen nach Warschau zurückkehren. Nachdem in den Niederlassungsverträgen nach den vorliegenden Meldungen eine grundsätzliche Einigung erzielt ist, nachdem schon im Juni das Abkommen über die Erwerbslosenfürsorge und die Arbeitslosenversicherung als erfreulicher Fortschritt begrüßt werden konnte und auch die Regelung der Wanderarbeiterfrage keine allzu großen Schwierigkeiten bieten wird, wäre jetzt die endgültige Lösung der Handelsabstufungsfragen in Angriff zu nehmen. Aber an der entscheidenden Stelle,

Im Reichskabinett herrscht noch vollständige Unfähigkeit.

wie schon immer bisher weicht das Kabinett ängstlich jeder Stellungnahme aus, weil dabei die wichtigste politische Frage zu entscheiden ist, ob Reichsminister Schiele wie bisher im Interesse seiner großagrarischen Auftraggeber die Handelsvertragsverhandlungen weiter sabotieren darf oder nicht. Schiele hat sich bisher geweigert, insbesondere für die Verhandlungen mit Polen irgendwelche Konzessionen zu machen, obwohl es vollkommen klar ist, daß nur durch eine bestimmte Initiative Deutschlands in der Frage des polnischen Agrarportals an eine Aufnahme der Verhandlungen und an einen erfolgreichen Abschluß des Vertrages gedacht werden kann.

Daß das Großagrarertum gar nicht daran denkt, Schiele ein Abweichen von der ihm durch den Reichslandbund diktierten Warschauer Route zu gestatten, beweist die Wochenchrift des Reichslandbundes vom 10. September 1927 in einem Artikel

„Verewigung des deutsch-polnischen Zollkrieges“.

Die Einführung der polnischen Magimalzölle, die am 26. Dezember d. J. in Kraft treten sollen (und die für Deutschland niemals hätten in Wirksamkeit zu treten brauchen, wenn die großagrarische Sabotage den Vertragsabschluß nicht verhindert hätte), wird mit nicht zu überbietender Demagogie scheinbar deshalb bedauert, weil durch polnische Schutz der Zollkrieg dadurch verewigt würde. Polen hoffe, mit den neuen Magimalzöllen ein wirkungsloses Druckmittel in den kommenden Verhandlungen zu haben. Es könne mit dieser Handelspolitik würdig neben seinem großen Freund und Gönner Frankreich bestehen, von dem es in jeder Hinsicht gelernt zu haben scheint. Der Reichslandbund wolle nicht hoffen, daß sich die deutschen Verhandlungsleiter durch die unfairen polnischen Zollzölle in irgendeiner Weise beeinflussen lassen und den überspannten Forderungen der Polen nachgeben. Auf die Industrie wird der stärkste Druck ausgeübt. Wenn die schönen Worte von der engen Verbundenheit von Industrie und Landwirtschaft nicht nur Worte sein sollen, so wäre es jetzt an der Zeit, daß die Industrie ihre Interessen zugunsten der Landwirtschaft auch einmal in den Hintergrund treten lassen! Und der Reichslandbund verläßt auch den Punkt in seinen Forderungen nicht, und er verrät seine letzten Absichten, indem er sagt: „Die wirtschaftliche Struktur der beiden Vertragskontrahenten macht eben einen Ausgleich in den reinen Handelsbeziehungen zurzeit unmöglich.“ Schärfer können die Gründe, aus denen Minister Schiele jeden Kompromiß in der Polenfrage ablehnt, und die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sabotiert, nicht unrisieren werden. Der Reichslandbund will nicht, und damit dürfte auch für das Kabinett, wenn es nicht von den schärfsten Druck der öffentlichen Meinung unterstützt wird, die Lösung der Polenfrage kaum möglich sein.

Die öffentliche Meinung Deutschlands hat allen Anlaß zur Empörung.

und zwar aus der Sache heraus. Der deutsch-französische Handelsvertrag ist zwar abgeschlossen, und der Fortschritt muß begrüßt werden. Aber es ist bei weitem nicht das erreicht worden, was an französischen Zugeständnissen für die deutsche Industrie hätte erreicht werden können, wenn für die kontingentmäßige Bekämpfung wichtiger französischer Einfuhrwaren durch die Kontingenz des Bundesministers von Deutschland nicht hätten übermäßige Preise bezahlt werden müssen. Der deutsch-jugo-

slawische Handelsvertrag steht vor der Unterzeichnung. Wegen seiner Stellung zum Balkan ist der Vertrag besonders wichtig. Aber eine der wichtigsten Fragen, die Frage der südostasiatischen Viehaustruhr nach Deutschland, mußte unerledigt bleiben. Damit wurde der Wirksamkeit des Handelsvertrages das Beste genommen, bloß um der Empfindlichkeit der großagrarischen Kreise willen. Jetzt läßt der Reichslandbund erklären, daß zwischen Deutschland und Polen ein Ausgleich der Handelsbeziehungen überhaupt unmöglich, der Zollkrieg also zu verewigen sei. Er ist schamlos genug, der deutschen Industrie noch weitere Opfer zuzumuten, nachdem der französische und serbische Handelsvertrag nur Opfer der verarbeitenden und Fertigungsindustrie enthält. Aber nicht nur dies, die vom Reichslandbund geforderte Verewigung des Zollkrieges gefährdet im höchsten Maße auch die Verhandlungen mit anderen Staaten, die vor dem Abschluß stehen.

Auf der anderen Seite hat weder die Landwirtschaft noch die Schwerindustrie ernsthaften Anlaß zu dieser Sabotage. Die Schwerindustrie rechnet und darf rechnen mit einer Fortdauer der günstigen inländischen Konjunktur. Sie weiß selbst am besten, worum. Ihre Lage ist unvergleichlich viel günstiger als zu jenem Zeitpunkt, als die deutsche Delegation den Polen das Kohlenkontingent von 100 000 Tonnen zuzulassen bereit war. Die Lage der Landwirtschaft, insbesondere der großagrarischen Kreise, ist trotz des Belchreis über die Ernte besser als je. Zudem kann gar kein Zweifel darüber sein, daß die Frage der

Schweineinfuhr auf die Rentabilität in der Landwirtschaft einen sehr viel geringeren Einfluß hat.

als der Ausfall der inländischen Ernte, wie die Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung einwandfrei nachgewiesen haben. Nicht die Einfuhr von Schweinen, sondern die Ueberspannung der Schweinezucht in guten Kartoffeljahre hat Schwierigkeiten in der Landwirtschaft zur Folge, soweit sie mit der Schweinezucht zusammenhängen. Es ist ein Skandal, daß trotzdem die großagrarischen Kreise an ihren Forderungen festhalten, und es hat den Anschein, daß selbst die geringen Konzessionen, die der feinerzeitige Delegationsführer Bernald schon im Namen der heutigen Regierung machte, beim Reichslandbund und seinem Minister Schiele auf Widerstand stoßen.

Die Industrie darf es sich nicht länger gefallen lassen.

daß der Export von Maschinen und Werkzeugen, Chemikalien, hochqualifizierten Textilprodukten und Elektroartikeln, für die Polen stark ausnahmefähig wäre, durch die Schutz der Großagrarier und die Bundeshilfe der Schwerindustrie, der ausländischen Konkurrenz auf Dauer überantwortet werden. Die verarbeitende und die Fertigungsindustrie, insbesondere auch diejenige Schlesiens, hat an den Reichsverband der deutschen Industrie die Frage zu richten, was aus dessen Verhandlungen mit den polnischen Industrieleitern geworden ist, die die Klust zwischen den beiden Regierungen überbrücken sollten. Sie hat den Reichsverband der deutschen Industrie zu fragen, was sie mit der ganzen Propaganda der Qualitätsarbeit zur Exportsteigerung anfangen soll, wenn der Schwerindustrie im Bunde mit den Großagrarier erlaubt sein soll, ihr die wichtigsten europäischen Absatzmärkte systematisch zu versperren.

Daß der Reichslandbund, die bestimmende Wirtschaftsmacht hinter der größten Regierungspartei, heute von der Verewigung des Zollkrieges mit Polen spricht, kann die von polnischer Seite geäußerte Auffassung, daß die deutsche Reichsregierung mit Polen keinen Handelsvertrag will, nur in verhängnisvoller Weise stärken. Es wird an der Reichsregierung sein, zu beweisen, daß sie im Gegensatz dazu das von ihr gegebene und vom Reichswirtschaftsminister immer wieder unterstrichene Versprechen halten will und kann, durch den Ausbau der Handelsverträge das europäische Zollniveau zu senken. Es ist allerhöchste Zeit, daß sie diesen Willen auch gegenüber der Sabotage der deutschen Großagrarier beweist. Auch für die deutsche verarbeitende Industrie ist es höchste Zeit, daß sie über den Preis nachdenkt, den sie für das Bündnis der Schwerindustrie mit den Großagrarier bezahlt. Daß die Reichsregierung und die verarbeitende Industrie dabei auf die Unterstützung der gesamten verbrauchenden Massen rechnen darf, darüber ist wahrlich kein Wort mehr zu verlieren.

Noblesse oblige! — „Selbstverständlich!“ sagen die maßgebenden Herren im Aufsichtsrat der Deutschen Werft.

„Aber man muß sich natürlich die Leute ansehen, die von dieser Vornehmheit profitieren können.“ Ob übrigens alle Aktionäre der Werft mit dieser Verschleuderung ihrer Gelder einverstanden sind, dürfte immerhin noch eine Frage sein.

Gute Gewinne bei Riebeck-Braunkohlen.

Gewinnrechnung unter Ausschluß der Öffentlichkeit

Die H. Riebeck'sche Montanwerke A.-G. in Halle, ehemals Sinnes, jetzt Farbentrustdomäne, hat in dem am 31. März abgelaufenen Geschäftsjahr die im vorigen Jahresbericht angekündigten Betriebsveränderungen und Umstellungen zum größten Teil durchgeführt. Die Umstellungen betreffen insbesondere das Zeiger Braunkohlenrevier. Die dortigen drei Gruben der Gesellschaft sind durch Neustellung der Tagebaufelder zusammengeschlossen worden, so daß die in demselben Revier arbeitenden Riebeck'schen Briquetfabriken jetzt von einer zentralen Gewinnungsstelle größten Ausmaßes beliebert werden können.

Die Bilanz der Gesellschaft ist ein Muster von Unklarheit. Nach dem Interessengemeinschaftsvertrag aus dem Herbst des vorigen Jahres, der den Riebeck-Werken sechs Prozent der Chemietrudividende garantiert, hält sich die Verwaltung scheinbar dazu berechtigt. Es sind weder die Handelskosten, noch Steuern, noch sozialen Abgaben einbezogen, was den Gewinn aus dem Revier herabsetzt. Die Abschreibungen wurden von 2,4 auf 3,1 Millionen Mark heraufgesetzt. Der Reingewinn hat sich um eine Million auf 3,5 Millionen Mark erhöht. Entsprechend der zehnprozentigen Dividende des Farbentrusts erhalten die Aktionäre 6 Proz. Dividende ausgezahlt. Die Anlagewerte sind

stark erhöht, und zwar ohne Kapitalerhöhung. So sind die Betriebsanlagen von 4,6 auf 5,3, die Maschinen und Einrichtungen von 7,8 auf 12,8 und die Abraumwerte von 2,1 auf 3,0 Millionen Mark gestiegen. Die Schulden wuchsen auf der anderen Seite von 7,1 auf 13,8 Millionen Mark an.

Katzenfisch polemisiert die Verwaltung gegen die Kohlenzwangswirtschaft und die daraus sich ergebende Preisfestsetzung. Das zeigt den deutschen Konsumenten, daß sie noch mehr als bisher auf die Preispolitik für Britetts und Kohlen zu achten haben, deren Erhöhung durch den Widerstand der Öffentlichkeit nur mit Mühe verhindert wurde.

Der Gefrierfleischverbrauch der Massen.

Nach einer Veröffentlichung des Preussischen Statistischen Landesamts betrug in 50 preussischen Städten der Gefrierfleischverbrauch im zweiten Vierteljahr 1927 nur 14 355 Tonnen. Im Vergleich zu derselben Zeitperiode im Jahre 1926 ist der Verbrauch um fast 23 Proz. gestiegen.

Der Gefrierfleischverbrauch betrug		im 2. Vierteljahr	
		1927	1926
in 4 Städten mit bis unter 25 000 Einwohnern	54,8	44,6	
• 10 „ „ 25 000 bis 50 000	814,3	838,4	
• 10 „ „ 50 000 „ 100 000	755,9	671,2	
• 11 „ „ 100 000 „ 200 000	2185,0	1777,5	
• 8 „ „ 200 000 „ 400 000	2121,7	1836,8	
• 7 „ „ 400 000 und mehr	5922,1	7081,2	
in 50 Städten	14355,0	11600,2	

Deutlicher kann die Dringlichkeit des Gefrierfleischbedarfs nicht bewiesen werden. Die zollfreie und unbeschränkte Einfuhr, die alle Förderung der organisierten Arbeiterchaft, ist also mehr als berechtigt. So lange sie nicht erreicht ist, bewirkt auch das heutige Kontingent nur eine gewaltsame Niedrighaltung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen. Herrn Schiele wäre zu raten, in diesem Punkte zur Förderung der deutschen Qualitätsarbeit keine Anstrengungen zu revidieren, wenn ihm mit der Interessengemeinschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft wirklich ernst ist.

Der amerikanische und der deutsche Sinnes. Die eigentlichen Beherrscher des zusammengeschrumpten Sinnes-Konzerns sitzen nicht mehr im Rülheimer Verwaltungsgebäude, sondern in New York. Die amerikanische 100-Millionen-Mark-Anleihe des Rumpfkonzerns war bekanntlich kein Erfolg, sondern eine schwere Belastung. Von den Aktien der amerikanischen Sinnes-Gesellschaften — der Sinnes Corporation und der Sinnes Industries Limited — erhielten die Anleihegläubiger ein Fünftel gratis und ein Fünftel zu Vorzugszinsen, so daß die wirtliche Auszahlung der siebenprozentigen Sinnes-Anleihe bei 70 bis 75 Proz. liegt und somit eine Zinslast von 9—10 Proz. erfordert. Der Ueberschuß der Sinnes-Betriebe betrug nach Abzug der Steuern und Abschreibungen im Jahre 1924 2,29 Mill. Dollar und ging im folgenden Jahre auf 1,24 Mill. Dollar zurück. Der jetzt von den beiden amerikanischen Holding-Gesellschaften veröffentlichte Abschluß für das 2. Halbjahr 1926 übertrifft aber die Ergebnisse der letzten Jahre bedeutend. Nach Abzug der Geschäftskosten, Steuern und laufenden Erneuerungen wird für die sechs Monate mit fast 2 Millionen Dollar ein um rund 60 Proz. höherer Ueberschuß als im ganzen Jahr 1925 ausgewiesen. Eine Dividende wird nicht verteilt, da 0,88 Mill. für Jinszahlung, 0,57 Mill. für Abschreibungen und 0,34 Mill. für Sonderrückstellungen vermandt werden. Trotz der hohen Zinsbelastung ist das Ergebnis also sehr günstig. Ein Zeichen, wie schwer die Zeichen an der Englandkonjunktur verdient haben, ist es aber, daß die Sinnes-Betriebe bereits 8,5 Mill. Mark von der 100-Millionen-Anleihe zurückkaufen konnten.

Der Rülheimer Bergwerksverein, Hauptbesitz der Familie Sinnes in Deutschland, hat seine Dividende 1924—1926 von 0 auf 4, jetzt auf 7 Proz. erhöht. Der ausgewiesene Reingewinn von fast 700 000 M. übertrifft den des Vorjahres um 80 Proz. Das Aktienkapital wurde von 0,8 auf 20 Millionen erhöht, und zwar zur Verschmelzung der Sinnes-Berzhen mit der Zeche „Vereingte Welheim“ zu Bottrop. Das Hauptziel der Fusion scheitern die ausgedehnten Kokeranlagen der „Vereingte Welheim“ zu sein. Hugo Sinnes junior malte die Lage des Kohlenbergbaus übrigens schwarz in schwarz und kündigte Betriebsbeschränkungen an. Da in der Familie Sinnes der Zwed immer heiliger zu sein schien als die Mittel, wird man sich über diese Ankündigungen kaum zu beunruhigen brauchen.

Die neue Schering-Kohlbaum-A.-G. Berlin. Das gemeinschaftliche fabriktorische und Abgabinteresse, das zwischen der Chemischen Fabrik auf Aktien (vorm. E. Schering) und der C. A. F. Kohlbaum Chemische Fabrik G. m. b. H. bestand, hat im April bekanntlich zu einer Verschmelzung beider Unternehmen geführt. Die Schering-Gruppe hatte zu diesem Zweck ihr erst im vorigen Jahre um 5,2 Millionen erhöhtes Aktienkapital nochmals um 8,2 Millionen auf 23 Millionen erhöht. Die außerordentliche Generalversammlung der Schering-A.-G. hat die Namen beider Gesellschaften in der neuen Firma Schering-Kohlbaum A.-G. erhalten. Der Vorsitzende erklärte, daß das laufende Geschäftsjahr eine große Umwälzung besonders in den pharmazeutisch-medizinischen Spezialitäten gebracht habe. Da die Schering-A.-G. ihre Gewinne aus den letzten beiden Jahren nicht zu Dividendenzahlungen verwandte, sondern nach Bildung von Sonderreserven mit 1,6 Mill. M. auf neue Rechnung vortrug, wird die neue Firma ihren Aktionären bald mit einer anständigen Dividende aufwarten, was die Belegschaften begehren mögen.

Deutschlands Anteil am tschechoslowakischen Außenhandel. Welche Bedeutung der jetzt in Fluß befindlichen deutsch-tschechoslowakischen Handelsvertragsverhandlungen, deren Abschluß nach vier Jahresende zu erwarten ist, beizumessen ist, zeigt die tschechoslowakische Außenhandelsbilanz für Monat August. Die Gesamteinfuhr ist im letzten Monat gegenüber dem August 1926 von 125 auf fast 200 Millionen Mark gestiegen und die Einfuhr Januar-August von 1,2 auf 1,52 Milliarden Mark. Die Ausfuhr in diesem Zeitabschnitt stellte sich auf 1,47 Milliarden. Deutschland hat im ersten Halbjahr 1926 etwa 19 Proz. der Gesamteinfuhr nach der Tschechoslowakei geliefert und über 23 Proz. der tschechoslowakischen Ausfuhr gekauft.

Neue internationale Konferenz für Handelsvereinfachungen in Genf. Das englische Handelsministerium gibt bekannt, daß für den 17. Oktober eine internationale Konferenz nach Genf einberufen wurde, die über die Abschaffung der den Import und Export behindernden Bestimmungen beraten soll. Die englische Regierung wird durch Sir Sidney Chepman und eine Reihe anderer Delegierter vertreten sein.

Sowjetrußland studiert die deutschen Genossenschaften. Wie gemeldet wird, werden das russische Handelskommissariat und der russische Zentralgenossenschaftsverband eine Abordnung nach Deutschland entsenden, die die Aufgabe hat, die Organisation und Handelsstechnik des genossenschaftlichen Handelsapparates zu studieren. In dieser Abordnung werden Handelsangestellte, wie z. B. Leiter von Geschäften, Verkäufer, Buchhalter, Lagerverwalter usw. vertreten sein.

Wie Gelder verschleudert werden.

Die verarmte Reicherstiege-Deutsche Werft

Wer viel Geld verdienen will, gehe zur Reicherstiege-Werft in Hamburg und lasse sich dort als Direktor anstellen. Das ist offenbar ein überaus probates und einträgliches Rezept; auch die von der Verwaltung beklagte schlechte Finanzlage läßt hierauf nicht den geringsten Einfluß aus.

Bereits bei der vorletzten Sanierung des Betriebes zu Anfang des Jahres 1926 hatte man an zwei Direktoren, von denen der eine kaum zwei Jahre im Dienst war, und an einen Produktions-Abfindungsummen von bis 40000 bis 250000 M. gezahlt, außer den 100 000 M., die der Rechtsanwalt und der Geschäftsaufsicht für die Durchführung der Sanierung erhalten hatten. Nachdem jetzt die Deutsche Werft A.-G. die Zügel in die Hand genommen hat, ist man den Direktoren gegenüber aber noch wesentlich freigebiger geworden. Es sind nämlich jetzt wiederum zwei Direktoren (einer von ihnen kannte die Reicherstiege vor Jahresfrist höchstens dem Namen nach) zur Disposition gestellt worden. Aber dieses Mal hat man sich nicht mit Zahlungen von 25 000 bis 40 000 M. begnügt, sondern die vornehme Reicherstiege-Deutsche Werft hat an die genannten Beträge noch je eine Null gehängt, so daß sich die Summen auf 250 000 und mehr als 400 000 Mark pro Kasse erhöhen.

Damit sind etwa dreiviertel Millionen Mark von einem, wie behauptet wird, in größter Not befindlichen Industrieunternehmen zum Tempel hinausgeworfen worden, für die die damit Begleitenden fortan keine Hand mehr zu rühren brauchen. Den alten Arbeitern und Angestellten aber stellt man faktisch ein Rindfleischopfer und Entlassungsgeld zu, und auch die bescheidenste Anfrage, ob denn die jahrzehntelange Dienstzeit nicht irgendwie berücksichtigt werden könne, wird nur mit bedauerndem Aufschreien beantwortet und mit dem Hinweis auf die schlechte Geschäftslage des Werkes abgetan!

An Bord der „Nassau“ 1918

Tagebuchnotizen eines Heizers.



Die nachfolgende Schilderung des Revolutionsausbruchs auf der „Nassau“ ist ein wertvoller Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Revolution auf der Flotte. Der Mensch im Matrosen und Heizer empörte sich gegen den maritimen Uebermilitarismus und sprengte den blinden Kadavergehorsam, die letzte Säule des absolutistischen Systems. Nichts von planmäßiger politischer Aktion mit revolutionärem Ziel. „Wir wollen keine Revolution, sondern lediglich unsere Menschenrechte“, so antworteten die Matrosen der „Nassau“ ihrem Kommandanten. Sie sangen weder die Marschallaise noch die Internationale, sondern als echt deutsche „sentimentale Eichen“ das triviale Sehnsuchtslied „Nach der Heimat möcht' ich wieder“ und das ebenso gefühlsmäßig betonte „Ich hatt' einen Kameraden“. Sie lassen sich die rote Flagge wieder abschwächen und die Kriegsstagge wieder sehen, um ihren Kommandanten eine Freude zu machen. Ihre Forderungen betreffen Essen, Dienst und Urlaub. Die Unvereinbarkeit des absolutistischen Systems mit der Respektierung des Menschen im Soldaten verleitet ihrer Bewegung erst revolutionären Charakter. Sie, die von ihren Offizieren bis aufs Blut drangsalieren und schikanieren worden sind, bemühen sich, nachdem die Gewalt in ihre Hände übergegangen ist, das Los der Offiziere menschlich zu gestalten. Nichts von Rache und Gewalttat, als ihre Auflehnung gegen den Kadavergehorsam durch die innere Logik der Dinge sich zur Revolution ausgewachsen hat. Die Schilderung der Einzelheiten ist flüssig und spannend und zeugt von guter Beobachtungsgabe. Daß die Niederschrift am 8. Dezember 1918, also unmittelbar nach den Ereignissen, erfolgt ist, erhöht den Wert der Darstellung.

Wilhelm Dittmann.

Die ersten Anzeichen der Gärung in der Marine mochten sich bei uns an Bord bemerkbar am Sonntag, dem 26. Oktober 1918.

Wir hatten ungefähr acht Tage im Trockendock gelegen, da die Sachhardweile ausgewechselt werden mußte. Die letzten Tage der Woche hieß es, Sonntag solle Kohlenübernahme sein, und gleich im Anschluß daran solle das Schiff in See stechen. Der Sonntag kam heran wie jeder andere Tag. Die Elektriker setzten die Binden an Oberdeck, klar zum Kohlen.

Da ich noch einige Arbeiten an den Kohlenwinden auszuführen hatte, blieb ich noch einige Zeit an Oberdeck. In meine Arbeiten hinein höre ich einen Matrosen zu mir sagen: „Ihr könnt die Binden ruhig wieder abbauen, wir Kohlen doch nicht.“ „Wie so“, frage ich, „soll kein Kohlen sein?“ Antwort hierauf erhalte ich nicht, da er sie anscheinend nicht geben will. Nun, ich denke mir nichts weiter dabei, in der Annahme, es sei Scherz.

Mit meinen Arbeiten bin ich inzwischen fertig geworden und begeben mich wieder unter Deck; hier jagt mir mein Arbeitskollege: „Hör mal, hast du noch nichts gemerkt, die Kulis wollen nicht Kohlen.“ Jetzt fällt mir auch ein, daß die Bootsmate der Wache schon zu wiederholten Malen gepfiffen haben: „Antreten auf Kohlenstationen!“ mit dem Erfolge, daß sich einige 20 Mann an Oberdeck umherdrücken. Bis Mittag ist jedoch das Kohlengeschirz ausgelastet worden.

Mittags an der Back wird erzählt: „Die Kulis halten sich in der Vorbatterie auf und treten nachher zum Kohlen nicht an.“ Mit Spannung wird dann auch gewartet auf das Kommando.



Die Mittagruhe ist heraus; der Bootsmat pfeift: „Alle Mann antreten auf Kohlenstationen!“

Als er in der Vorbatterie pfeift — ich befinde mich mit mehreren Kameraden im nächst tieferen Deck —, höre ich, daß er beim Pfeifen überläßt und überschrien wird. Ein großer Teil der Heizer, die sich in demselben Deck mit mir befinden, laufen hoch, um besser sehen und hören zu können. Ich selbst kann ihnen nicht folgen, da ich beim Geschirzwaschen beschäftigt bin.

Der Bootsmat pfeift ein-, zwei-, dreimal, immer mit demselben Erfolg. Höchstwahrscheinlich hat er inzwischen Meldung gemacht, denn jetzt pfeift er: „Alle Mann achteraus!“ Niemand rührt sich. Auf einmal sagt einer von denen, die auf dem Niedergange stehen: „Der Kommandant ist da.“ Nach Aussagen hat dieser beim Passieren der Vorbatterie auf dem Wege nach dem Lazarett, das sich daselbst befindet, gerufen, weshalb niemand „Ordnung!“ rufe, wenn er komme. Auf seine weiteren Fragen, was denn überhaupt los sei und weshalb sie, da doch „Alle Mann achteraus!“ gepfiffen sei, nicht auch achteraus gingen, wurde geantwortet: „Nach der Heimat möcht' ich wieder!“

Der Kommandant machte Vorstellungen, sie sollten doch keine Dummschheiten machen, er fühle sich als unser Vater, worauf es ihm endlich gelang, die Leute achteraus zu bringen. Ein Ingenieur wies uns auch, unbeachtet des umherstehenden Badgeschirrs (Eggeschirrs) nach achtern.

Auf der Schanz führte der Kommandant ungefähr folgendes aus:

„Leute, soeben bin ich Zeuge gewesen eines tieftraurigen, beschämenden Vorganges. Bis jetzt ist unsere deutsche Flotte noch immer würdig gewesen, ihre Flagge, bei der sie dem Kaiser Treue geschworen, zu führen. Was ich aber eben erlebt, ist der Anfang zum Untergang. (Hierauf folgte sein Bericht über die oben dargelegten Vorgänge.) Leute, seid ihr denn ganz und gar von Gott verlassen, wollt ihr uns dem Untergang entgegenführen? Wir haben beim bevorstehenden Friedensschluß unsere Flotte nötig, sehr nötig. Sie ist ein Faktor, der den Feind bestimmen muß, keine unverschämten Forderungen zu stellen. Nochmals, tief beschämend war es, was einige Leute sich heute erlaubten. Ich glaube nicht, daß es die Gesinnung von euch allen ist, und nehme an und hoffe, daß sich solche Vorgänge nicht wiederholen. Ich sage es euch allen und warne euch: Mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln werde ich dagegen vorgehen. Vom Wachtmeister lasse ich das Schiff jetzt durchsuchen, und alle Leute, die dann noch gefunden werden, kommen vor das Kriegsgericht. Zurücktreten. Disziplinsweise Meldung. Begreifen!“

Ganz in Ordnung ist dann nachher das Kohlen verlaufen, nur langsamer als gewöhnlich. Sofort nach dem Kohlen wurde losgeworfen und in See gestochen. Auf Wilhelmshavener Reede ging das Schiff vor Anker. Sowie ich mich entsinnen kann, lag hier das ganze erste Geschwader.

Die nächsten Tage verlaufen ruhig. Am 29. Oktober: „Alle Mann achteraus.“ Der Kommandant berichtet, daß gestern nach-

nicht gekommen, da der Bursche des Kommandanten des betreffenden Schiffes nochmals versucht hatte, die Leute zu bewegen, heraus zu kommen unter Hinweis auf die vom Geschwaderchef getroffenen Maßnahmen. Die Leute ließen fragen, ob sie erschossen würden, wenn sie hochkämen. Auf die Zusicherung, daß dies nicht geschehen solle, begaben sich die Leute an Oberdeck, wurden hier einzeln auf die Dampfer gebracht und in Wilhelmshaven eingeliefert.

Unser Kommandant knüpfte im Anschluß an seine Darlegungen wieder Ermahnungen an uns.

Die nächsten Tage verliefen ruhig. Am 2. November liefen „Ostfriestland“, „Oldenburg“, „Posen“ und „Nassau“ im Kanal ein und legten bei Brunsbüttel an. Am 4. November war bei uns Kohlenübernahme und nachher wurde seetlar befohlen, so daß von der Besatzung niemand an Land kam. Wie der Kommandant später erklärte, sollte diese Maßnahme bezwecken, daß wir mit den Leuten an Land, die aufrührerische Gesinnung hegten, nicht in Berührung kommen sollten.

Während der Kohlenübernahme wurde erzählt — natürlich nicht öffentlich —, daß die Besatzung des Rieker Geschwaders gemeutert und den Festungskommandanten gezwungen habe, die ihm überreichten Forderungen des Soldatenrates anzuerkennen. Im Laufe des Nachmittags kamen zwei Matrosen von „Posen“ und forderten uns auf, abends zu einer Versammlung an Land zu gehen. In dieser Versammlung sollte ein Beschluß gefaßt werden, laut dessen wir uns mit unseren Kameraden in Kiel solidarisch erklären und unserm Kommandanten dieselben Forderungen überreichen sollten. Dazu kam es jedoch nicht, da, wie oben schon gesagt, durch das Dampf-ausmachen niemand mehr an Land kam.

Um 5 Uhr sagte ein Torpedohelizer zu mir, daß bei uns nicht losgeworfen würde, und falls doch losgeworfen werden sollte, wir nicht durch die Schleuse kämen. Die Schleuse sei von der Matrosen-Artillerie (Landsoldaten) besetzt, die sofort auf uns feuern würde, falls wir doch versuchen würden, durchzukommen. Es solle dann der Soldatenrat zu uns an Bord kommen, uns mit Waffen versehen und bei uns ebenfalls einen Soldatenrat einrichten.

Ungefähr um 6 Uhr lief „Posen“ aus und kam ungehindert durch die Schleuse. Die „Oldenburg“ lief ebenfalls in die Schleuse, kam jedoch nicht hinaus. Von der Schleuse aus, die wie gesagt, besetzt war, wurde die Scheinwerferbedienung aufgefordert, die Scheinwerfer zu blenden. Da dies nicht geschah, wurde auf die Scheinwerfer geschossen, so daß diese geblendet werden mußten. Um Blutvergießen zu vermeiden, ließ der Kommandant wieder zurückbuglieren.



mittag von der „Heigoland“ und „Thüringen“ insgesamt 550 Mann — genau weiß ich die Zahl nicht mehr — gemeutert hätten und von Leuten des Seebataillons abgeführt und nach Wilhelmshaven gebracht worden seien. Ueber die einzelnen Vorgänge, die wir von der „Nassau“ aus zum Teil selbst beobachteten, berichtete er folgendes:

Die Besatzung der beiden genannten Schiffe, die annahmen, die Seeoffiziere wollten eigenmächtig verhindern, daß der Waffenstillstand zum Abschluß komme, und zu diesem Zweck in See stechen wollten, hatte keinen Dampf ausgemacht, das Bugspil zerstört und so das Schiff am Ankerlichtern verhindert. Hier sagte unser Kommandant hinzu: Es sei Blödsinn, etwas derartiges zu machen, da er doch auslaufen könne, indem er die Ankerketten sprengen lassen würde und uns mit Leichtigkeit ins Minensfeld treiben lassen könne. Weiter habe dann der Geschwaderchef, dem die Absichten des Personals mitgeteilt worden waren, einige Dampfer, besetzt mit Mannschaften des Seebataillons, Torpedoboote und U-Boote befohlen, die die Schiffe, im Falle, daß die Besatzungen tatsächlich meutern würden, versenken sollten. Zur festgesetzten Zeit hatten dann die Leute obige Maßnahmen getroffen, sich in der Vorbatterie versammelt, Licht ausgemacht und sich verbarrikadiert. Dem Befehle, an Oberdeck zu kommen, wurde nicht Folge geleistet. Da wurde der Befehl gegeben, auf ein Kommando auf die bezeichnete Stelle des Schiffes zu schießen.

Nach den Ausführungen unseres Kommandanten ist es hierzu:

Als das rückwärtsfahrende Schiff an uns vorbeifuhr, wurden von einem Teile unserer Besatzung Hurras ausgebracht. Der Kommandant rief von der Brücke herab: „Psui Teufel, auch meine Leute?“ Gleich darauf hieß es: „Alle Mann achteraus!“ Der Kommandant hielt bei Scheinwerferbeleuchtung ungefähr folgende Ansprache:

„Leute, als eben das Schiff „Oldenburg“ durch die Schleuse wollte, wurde es von einer Anzahl Leuten, die sich in den Besitz der Schleuse gesetzt haben, beschossen. Der Kommandant von „Oldenburg“ ist, um Blutvergießen zu vermeiden, wieder umgekehrt. Ist es nicht empörend und beschämend, daß ein Kriegsschiff, ein deutsches Kriegsschiff sich das hat bieten lassen müssen? Ich mußte hören, daß ein Teil meiner Leute noch jubelte, weil es den Rebellen gelungen ist, ein deutsches Kriegsschiff am Auslaufen zu verhindern. (Hier fängt der Scheinwerfer an, dunkler zu brennen, bis er ganz aus ist. Woran das gelegen hat, konnte nicht festgestellt werden. Es wird behauptet, daß der Kommandant dieses selbst veranlaßt hat.) Der Kommandant, der zu wiederholten Malen nach dem Scheinwerfer hochgesehen hat, fährt fort: „Das Licht ist aus; gut, es soll sich entscheiden, ob wir die Rebellen und Meuterer bereits in unserer Mitte haben. Wer gegen mich handeln will, der stelle sich auf der Backbordseite auf. Wer mit mir ist, mit dem Kaiser, der gehe nach Steuerbord. Die Rebellen weg von mir!“

(Fortsetzung folgt.)

Größte Produktion der Welt!

Opel



Den zarten, buntfarbenen Geweben nimmt hartes Reiben rasch das Leben.

In liebevoll bestickten Leinen und Decken, feinen Wollwaren, bunten und weißen Gardinen, delikaten Roben und zarter Leibwäsche liegt auch im bescheidensten Haushalt ein großer Schatz verborgen. Lassen Sie ihn nicht durch scharfe Waschmittel und schädliches Reiben zerstören. Pflegen und erhalten Sie ihn durch die nie versagenden Lux Seifenflocken. Ihr milder Schaum erhöht die Dauerhaftigkeit oder empfindsamen Wäschestücke. Behutsam, ohne Reiben, zieht er

allen Schmutz aus den Geweben heraus; und so rein und zart wie Ihre Wäsche, so weiß und weich sind nach dem Waschen auch Ihre Hände! Und wie leicht ist das Waschen! - Eine Waschkübel mit etwas Wasser, hierzu einen Eßlöffel voll Lux Seifenflocken, und schon haben Sie den prächtigsten Schaum. Tauchen Sie ein Wäschestück nach dem andern hinein, drücken Sie den Schaum durch, aber reiben oder winden Sie nicht. Dann noch gründlich spülen - und fertig sind Sie!

Zu Ihrem Schutz: Lux Seifenflocken werden nur in Originalpaketen zu 50 und 90 Pfg. verkauft - nie lose.



Für saubere Strümpfe sind nur Lux Seifenflocken gut genug.

LUX SEIFENFLOCKEN 'SUNLICHT' MANNHEIM



Lux Seifenflocken schonen Ihre Hände ebenso wie Ihre Wäsche.

Theater, Lichtspiele usw.

Dienstag, 13.9.27 Staats-Oper Am Pl. d. Republ. Anf. 7 1/2 Uhr Der Vampyr

Deutsches Theater Norden 10334-37 7 Uhr Zum 1. Male: Troilus u. Cressida

Der Sonderzug zur GUGALI nach Liegnitz fährt am Sonntag, dem 18. September, früh von dem Fernbahnhof der Stadtbahn, Abfahrt Bahnhof Friedrichstraße 6.31 Uhr.

Volksbühne Theater an Bülowplatz, Th. an Schiffbauerdamm 8 Uhr Ein Sommernachts-traum.

Piscatorbühne Theat. u. Hallesdorferplatz Kurfürst 2091/93 8 Uhr Hoppla, wir leben!

Theater des Westens Täglich 8 1/2 Uhr Die Tugendprinzessin

SCALA Hollendorf 7360 Die September-Variete-Revue

Großes Schauspielhaus, Tägl. 11 Ende 11 U. DER MIKADO

Deutscher Metallarbeiter-Verband Achtung! Betriebsräte Achtung!

CASINO-THEATER 8 Uhr Ihr dunkler Fleck

Die neue CHARELL-Inszenierung

Bekanntmachung betreffend die vorläufige Eintragung der Beschlüsse über den Steuerbeitrag zum Arbeitslohn für das Kalenderjahr 1927.

Winter Variete Garten Ralichen

Pallenberg Rita Georg Bendow Jankuhn Szokó Szakall

Der rote Hahn Komödienhaus Norden 2104, 8 U. Der dreimalige Peier

Luna Park VOLKSTAG FEUERWERK

Jackson Boys Sunshine Girls

Planatorium am Zoo Verkauft, hundertfach über Noth. 1279

Theater am Kottbusser Tor Elite-Sänger

So ein Mädel (Das Extemporale)

Dr. Emil Hirsch Spezialarzt für Herzerkrankheiten

Reichshallen-Theater Stettiner Sängler

Die Dame von Maxim

Kapitän-Kaufabak die Marke für Feinmehlmesser

Berliner Uk-Trio Neukölln

Neues Theater am Zoo

Es lohnt sich zwei Etagen zu steigen!

Porzellan Geschirr

Rose-Theater Die Frau ohne Kopf

Kaufgesuche Bekannte, Silberfaden, Rinn, Ziel Quader, Goldschmied Christian Rosenfelderstraße 39

Raddatz & Co.

Wohlfahrt-Theater Am Rüdesheimer Schloss

Untericht Technische Schulweise Dr. Werner

Friedrich Glesche Karl Böse, Paul Dietrich Hermann Dieler

Verkäufe Verkauft, Januar 11.30, Refett, Choristensung, Speisekarte 31.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Bettensverkauf, Reut 9.73 13.-

Musikinstrumente Violoncello, überaus prägnant, Violoncello, 1. Violoncello

Fahrräder Fahrrad, wirkliches Markenrad, Erprobung, Fahrradbau, Centrum, Einheitsgröße neugeb.

Kaufgesuche Bekannte, Silberfaden, Rinn, Ziel Quader, Goldschmied Christian Rosenfelderstraße 39

Untericht Technische Schulweise Dr. Werner

Rut Kehl, Kohstraße 34 (Zahn), liefert Speiseschüssel mit Birnenmörtel

Rut Kehl, Kohstraße 34, gutdieser Küche 65.-, mit Glas 100.-, 125.-

Rut Kehl, Kohstraße 34, liefert große Tischlampe, keine Glastischlampe

Rut Kehl, Kohstraße 34, liefert Violoncello, überaus prägnant, Violoncello, 1. Violoncello

Musikinstrumente Violoncello, überaus prägnant, Violoncello, 1. Violoncello

Fahrräder Fahrrad, wirkliches Markenrad, Erprobung, Fahrradbau, Centrum, Einheitsgröße neugeb.

Kaufgesuche Bekannte, Silberfaden, Rinn, Ziel Quader, Goldschmied Christian Rosenfelderstraße 39

Untericht Technische Schulweise Dr. Werner

Waldenbau, Elektrogerät, Spezialgeräten, Abbleitungen, Ferner Hochleistung für Elektrogerät, und Hochleistung für Elektrogerät

Verschiedenes Bettfedern, Bettfedern, Bettfedern, Bettfedern

Vermietungen Zimmer, zwei Zimmer, zwei Zimmer, zwei Zimmer

Mietgesuche Vorderhäuser, mit und ohne Küche, Vorderhäuser, mit und ohne Küche

Arbeitsmarkt Bauhilfsarbeiter im Alter bis 30 Jahren, eventuell auch aus der Schweiz

Stellenangebote Bauhilfsarbeiter im Alter bis 30 Jahren, eventuell auch aus der Schweiz

Kunststein- oder Marmorschleifer welcher schon mit der Maschine geschult hat, stellen sofort ein

Tüchtigen Kunststeinversetzer für dauernde Beschäftigung stellen sofort ein

Autoschlösser selbständige, Schöneberg, Königsweg 37a

Anreifer gesucht von einer großen Druckfarbenfabrik für ihre Berliner Niederlassung